

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Verantwortl. Redakteur: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreigesaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Zählst den Extrabeitrag! An unfrem Opferfönn müßten alle Pläne der Unternehmer zerfallen!

Inhalt: Sind wir zerschmettert? — Die Wohnungsfrage als internationale Frage. — Die deutschen Gewerkschaftsvereine im Jahre 1906. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausbesserungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Zweite internationale Maurerkonferenz. — Zentralratentafel. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterelend, Submissiven usw. — Aus anderen Berufen. — Gewerbl. Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Ein grober Architekturfehler.

Sind wir zerschmettert?

Sind wir zerschmettert? Eine sonderbare Frage, und doch stellen wir sie allen Ernstes, um sie ebenso ernst zu beantworten.

Die taktische Wendung im Berliner Lohnkampf hat im Lager der Gegner der Arbeiterbewegung einen Jubel entfacht, der bei weitem das Maß desjenigen überschreitet, worauf wir uns gefaßt gemacht hatten. Es ist wahr, wir mußten, mußten wissen, daß diese taktische Wendung den Gegnern Anlaß geben würde, ein Scheitern der Berliner Bewegung „festzustellen“, d. h. festzustellen in ihrer Art, die sich gewöhnlich in der Aufstellung beweiskräftiger Behauptungen begreift. Darin haben wir uns auch nicht getäuscht; nur haben wir solch Freudenheul nicht erwartet, wie wir es nun tatsächlich seit einer Woche vernahmen mußten. Die Berliner Tageszeitungen sind wohl alle mehr oder minder vom Verband der Baugeschäfte inspiriert. In deren Glossen zu dem gegenwärtigen Stadium des Kampfes begegnen wir ständig der Auffassung, als sei der Berliner Kampf nun endgültig beendet, und zwar beendet mit einer „zerschmetternden Niederlage“ der beteiligten Gewerkschaften. Nach diesen Organen sind die Gewerkschaften der baugewerblichen Arbeiter in Berlin bis auf winzige Resten vernichtet und diese schwachen Trümmer fliehen in wahnwitziger Angst vom Kampfplatz. Die Arbeiter haben nach dieser Auffassung garnichts erreicht; ihr Verstoß ist ohnmächtig abgeprallt an dem „Rocher de Bronze“, den der Verband der Baugeschäfte darstellen soll. Das wollen diese Blätter und die hinter ihnen stehende Unternehmerorganisation tatsächlich als Wahrheit aufgefaßt wissen.

Gemach, ihr Herren!

Diese „Feststellungen“ sind in Wirklichkeit nichts als beweiskräftige Behauptungen. Sie können allerdings auch nichts anderes sein; denn es gibt keinen Beweis dafür. Die tatsächliche Lage reißt eine ganz andere Sprache. Wir rekapitulieren noch einmal den Stand der Bewegung, wie er kurz vor dem Ausgehen des allgemeinen Streiks auf Grund der Bautenkontrolle war. Es wurden insgesamt 1898 Bauten gezählt, wovon auf 1706 gearbeitet wurde, während 192 stilllagen. Von den 1706 besetzten Bauten waren auf 1042 die Forderungen der Arbeiter anerkannt. Auf diesen Bauten arbeiteten 7130 Maurer, pro Bau knapp sieben Maurer. Auf den 664 Bauten, wo die Forderungen nicht bewilligt waren, arbeiteten 3893 Maurer, pro Bau knapp sechs Maurer. Das sind die „Arbeitswilligen“, die dem Verband der Baugeschäfte zur Verfügung stehen. Will nun der Verband sämtliche Bauten seiner Mitglieder besetzen, so hat er für jeden Bau vier bis fünf Maurer zur Verfügung. Wie gänzlich ungenügend das ist, wird

erst in vollem Umfange klar, wenn man in Betracht zieht, was der „Verband der Baugeschäfte“ immer betont hat, nämlich, daß es sich bei diesen Bauten meist um die größten Objekte handelt und das sich diese Bauten meist noch im Anfangsstadium befinden. Will der „Rocher de Bronze“ diese Bauten mit den „Arbeitswilligen“, also mit vier bis fünf Mann, fertig machen? Das kann er natürlich nicht. Wenigstens sind wir dieser Meinung; Herr Bahl hält es vielleicht für möglich.

Daraus ergibt sich, daß man dazu die Streikenden nötig hat und zwar in sehr großer Zahl. Die Unternehmer versuchen das zwar zu verdecken, indem sie tun, als könnten sie jetzt gar keine Maurer gebrauchen; das werden sie aber nicht sehr lange durchführen können. Diese Tatsache ist den Herren „Siegern“ ja verteuert fatal, das glauben wir gern, aber sie ist da und ist nicht wegzubringen. Das wichtigste aber ist, daß sie für die künftige Gestaltung der Berliner Arbeitsverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung ist; die Herren verstehen uns wohl! „Ach, der Guerillakrieg“, so verkünden die ehrlichen Papiere an der Spree, „ist ein sehr harmloses Ding. Der Verband der Baugeschäfte verfügt über so viel „Arbeitswillige“, daß er jeden gesperrten Bau sofort besetzen kann.“ Ja, könnte man nun fragen, warum hat er es denn nicht jetzt schon getan? Aber diese Ankündigung hat den Zweck, die Unternehmer, die bisher schon bewilligt hatten, zum Vertragsbruch aufzureizen! Ein ebenso durchsichtiges wie kolossal ehrenhaftes Beginnen, und zwar just von der Unternehmerorganisation, die stets mit so schöner Entrüstung gegen den Bruch der abgeschlossenen Tarifverträge gewettert hat. Werkwüthiger oder vielmehr ganz natürlicherweise hat hierfür kein einziges bürgerliches Blatt einen Tadel. Aber wir verlangen es auch nicht; die moralische Defizienz überhebt sie dieser Pflicht.

Aber zurück zu unserer „Zerschmetterung“, zur „Vernichtung“ unserer Organisation. Dies einfältige Gerede wird am besten dadurch abgetan, wenn wir die Zahlen reden lassen. Unsere Gegner wollen den Anschein erwecken, als seien die 3893 Streikbrecher Abtrünnige unseres Verbandes; sie wissen allerdings selbst, daß es nicht wahr ist. Diese Streikbrecher setzen sich zusammen aus ungefähr fünfzehnhundert Affordmairen, die schon vorher außerhalb der Organisation standen und von vornherein als Streikbrecher in Rechnung gestellt wurden, aus ungefähr 800—1000 Unorganisierten, die man ebenfalls schon vor Anfang der Bewegung zu den Streikbrechern gezählt hatte; aus annähernd 700 bis 800 angeworbenen Lumpen von dieserseits und jenseits der deutschen Grenze und schließlich aus schätzungsweise 400—500 ehemaligen Streikenden, die dadurch Streikbrecher wurden, daß sie Affordarbeit annahmen. Wir haben bei der Einteilung ganz roh geschätzt; genau können wir es ja nicht wissen; aber der Verband der Baugeschäfte mag uns beichtigen, wenn wir uns geirrt haben. Nur in einem Punkte gehen wir sicher, das ist die Zahl der von den Streikenden zu Streikbrechern gewordenen. Deren Zahl hatte drei Tage vor Aufhebung des allgemeinen Streiks noch nicht 400 überschritten. Und diese 400 Abtrünnigen bei einer Gesamtzahl von über 10000 und bei einer Streikdauer von zwölf Wochen sollen die „Vernichtung“ unserer Organisation besiegeln! Wenn der „Rocher

de Bronze“ die Verschleierung der Wahrheit nicht allzu nötig hätte, würde er vielleicht doch vor solcher Kindelei zurückschrecken, und wenn die bürgerlichen Spreepapiere einer eigenen Meinung fähig wären oder auch, wenn sie ihnen erlaubt wäre, hätten wohl selbst sie den Kopf ob solcher Behauptung geschüttelt.

Wir erfüllen eine Pflicht der Gerechtigkeit, wenn wir demgegenüber aussprechen, daß sich unsere Berliner Kollegen überaus brav gehalten haben. Besonders gilt das von denen, die nicht zu den neuen Bedingungen in Arbeit treten konnten und nun mit oft unzulänglichen Kräften den umfangreichen und aufreißenden Sicherheitsdienst versehen mußten. Diesen gebührt unsere uneingeschränkte Anerkennung und der Dank ihrer Kollegen. Wir wissen, was es heißt, zwölf Wochen zu streiken — und gar in Berlin zu streiken! — und sagen: Gut ab vor diesem proletarischen Heldentum! Das sind die wahren „Kräfte“, die aufwärts ziehen“, aus deren Entbehrungen der Fortschritt erblickt, aber nicht die faule, satte, brutale Waffe der Mafsbirger. Es kann weder die Ehre der Streikenden noch die Geschlossenheit der Organisation irgendwie beeinträchtigen, wenn bei diesem Vortatuch einige Hundert Marode am Wege liegen bleiben; wer gegen den Feind marschiert, muß sich leider immer darauf gefaßt machen. Das mußten auch die Unternehmer erfahren, deren Organisation verhältnismäßig viermal soviel Abtrünnige hatte, wie wir. Wir können mit Recht behaupten, daß unsere Organisation viel weniger in dem Kampfe gelitten hat, als der Verband der Baugeschäfte. Und trotzdem sollen wir „zerschmettert“ sein und sollen uns auf Gnade und Ungnade ergeben haben. Das Organ des Berliner Unternehmerverbandes, das sich diese Auffassung zu eigen macht, jagt uns selbst am besten, was es mit diesem „auf Gnade und Ungnade ergeben“ auf sich hat. Es gibt zu, daß die Gewerkschaften doch noch nicht vernichtet sind, und zu der selbstverständlichen Absicht unserer Organisationen, im Einzelkampfe nachzuholen, was allgemein nicht zu gewinnen war, stößt es den Anglisten aus: „Die starken Organisationen der Sozialdemokratie haben eine Schlacht verloren und — der Sieger wird es anerkennen — im ehelichen Kampf. Nun aber droht der Besiegte mit unehrlichem Hinterhalt! Ein Franktireurkrieg soll beginnen. Sehen die verantwortlichen Führer nicht die unheilvollen Folgen? Noch immer ist ein ehrenvoller Friede möglich, wird es aber nicht sein, wenn durch hinterlistiges Vorgehen das Vertrauen erschüttert ist, wenn durch heimliches Wählen und Ueberfälle aus dem Hinterhalt Haß und Erbitterung erwachsen sind.“

Was das „Zentralblatt“ hier von Hinterlist und Hinterhalt redet, geht weit an uns vorbei. Es ist etwa auch Hinterlist, wenn eine Kruppe, statt in massigen Frontkolonnen Ringelzüge abzugeben, in leichten Schützenjagdwärmen vorrückt. Wir sind sehr dafür, daß auch im bitteren Klassenkampf Treu und Glauben eine Stätte findet; aber wir werden uns auf keinem Fall das Recht nehmen lassen, unsere Taktik so einzurichten, daß sie den Gegner am schwersten trifft. Wir befinden uns da völlig im Einklang mit Herrn Bahl, der gleichfalls nicht darnach fragt, ob durch seine Taktik Haß und Verbitterung gefaßt wird; denn in der Versammlung am 14. August empfahl er seinen Kollegen: man solle selbst mit materiellen Opfern die Fremden den Winter hindurch be-

schäftigen und dafür die abgefallenen Arbeiter fesseln lassen. Wir können eben nicht finden, daß dies eitel Liebe und Vertrauen erwecken wird. Also wollen wir doch einfach sagen: so lange kein Frieden geschlossen ist, ist eben Krieg und da gilt Kriegsgerecht. Das ist einfach und klar und frei von allem moralischen Mummenschanz.

Das „Zentralblatt“ redet von einem ehrenvollen Frieden, der wohl heute noch möglich sei, aber nicht mehr, wenn wir durch die Einzelskämpfe den „Rooster de Bronce“ gereizt hätten. Wenn wir die Entwürdigung der Arbeitsverhältnisse im Berliner Baugewerbe richtig verstanden haben, so sind es gerade die Einzelskämpfe gewesen, die den Berliner Unternehmern, die damals vor anderen Scharmachern durchaus nichts voraus hatten, die Tarifverträge als erstrebenswert erscheinen ließen. So unruhig die Periode in den letzten der neunziger Jahre war, sie war die Vorbereitung des gewerblichen Friedens, dessen wir uns dann acht Jahre lang erfreuten. Auch die Arbeiter wollen heute den Frieden, und zwar nicht nur einen ehrenvollen, sondern auch einen vorteilhaften, der aber diese beiden Eigenschaften nur dann hat, wenn die Arbeitszeit in der Richtung der bekannten Forderungen geregelt wird. Ohne das gibt es keinen Frieden und ohne Frieden kein Abgehen von der Taktik der Einzelskämpfe.

Von diesem Anglisten der Unternehmer nehmen wir gern Notiz, denn er ist das drastisch wirkende Gegenbild zu den phantastischen Siegesallegorien. Gelt, das klingt nicht mehr nach „Vernichtung der Gewerkschaften“?

Die „Sieger“ und ihre Warden können nur dann Glauben für ihren Sieg finden, wenn sie möglichst wenig von dem wirklichen Stande der Bewegung sagen. Denn wenn sie zugeben würden, daß von den Maurern und Bauarbeitern je 46 pSt. und von den Zimmerern 76 pSt. der vor dem Streik Beschäftigten zu den neuen Bedingungen arbeiten, ja, wo bliebe dann der „Sieg“ des Verbandes der Baugeschäfte! Jedem, der mit den vorhandenen Tatsachen rechnet, bedeuten aber diese Zahlen etwas anderes. Um das Ergebnis der Bewegung richtig zu würdigen, wiederholen wir, was wir an anderer Stelle darüber sagten: Es ist den Arbeitern zwar nicht gelungen, auf der ganzen Linie zu siegen, aber sie haben einen ganz respektablen Erfolg errungen. Sie stehen heute auf erobertem Terrain, hart vor der letzten Schanze des Gegners und hier machten sie halt; aber nicht um auseinanderzugehen, sondern um hier ein besetztes Lager zu beziehen und von diesem aus den Kampf weiter zu führen, bis die feindliche Stellung geräumt oder von uns genommen wird. So stehen die Sachen!

Im gegnerischen Lager gefällt man sich jetzt darin, unter Hinweis auf das anfängliche Abtreten der Führer

den Berliner Bauarbeitern zu sagen, daß sie ihre „Meberlage“ wohl verdient hätten; denn sie hätten dem Rate ihrer Führer folgen sollen. Die belang- und harmlosen Schwäger können sich solch billige und armelige Vergnügungen ja ruhig leisten, aber wir wissen besseres zu tun. Was darin zu sagen und zu tun ist, wird schon zur rechten Zeit und am rechten Orte geschehen und auf die Mitwirkung des bürgerlichen Geistes verzichten wir dabei ein für allemal.

Freunde wie Feinde mögen sicher sein, daß sich unsere Organisation nicht im geringsten geschlagen oder nur geschwächt fühlt. Man könnte an unserer Aktionskraft zweifeln, wenn wir den Kampf aufgenommen hätten, in der Hoffnung auf einen leichten und schnellen Sieg; aber das war nicht der Fall. Wir wußten, besser vielleicht als die Unternehmer, daß es ein schweres Ringen werden würde, das sicher nicht in einem Gange zu Ende zu führen sei. Um so weniger konnte uns dieser Teilerfolg enttäuschen, aber um so mehr waren wir auf einen Erfolg der Kräfte bedacht, die in Berlin geopfert werden mußten. Also noch steht der Zentralverband der Maurer Deutschlands in all seiner Kraft und Geschlossenheit da; fähig und willens, den Kampf für die Verbesserung der Existenzbedingungen der deutschen Maurer mit derselben Macht und Sicherheit fortzuführen, wie er es seit mehr als einem Jahrzehnt getan hat.

Auch in Berlin!

Die Wohnungsfrage als internationale Frage.

Unter den großen Kulturfragen unserer Zeit, die in steigendem Maße das weitest öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, steht in erster Reihe mit die Wohnungsnot. Diese Frage ist längst nicht mehr bloße Sache der Kommunen, auch nicht des Staates und des Reiches, sondern sie ist herausgetreten aus dem Rahmen nationaler Bedeutung und hat einen internationalen Charakter angenommen. So hat der Kampf gegen die Wohnungsnot bereits eine Reihe internationaler Wohnungskongresse gezögert, wie in Paris, Antwerpen, Bordeaux, Brüssel u. a. Nöhen auch die Mittel und Wege zur Lösung dieser Frage nach Maßgabe der verschiedenen zu berücksichtigenden Umstände und Verhältnisse nicht gleichartige sein, so sind doch große allgemeine Gesichtspunkte vorhanden, deren Erörterung geeignet erscheint, die angestrebten Umgestaltungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens wirksam zu fördern.

Dieser Tage hat in London der 8. internationale Wohnungskongreß getagt, dessen Verhandlungen manches Bemerkenswerte enthalten. Es wurden Ansichten geäußert, die erfreulicherweise Kunde geben von dem Wohlwollen, dem Uebel der Wohnungsnot an die Wurzel zu gehen, die nur zu suchen sind in den ganzen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit. So wies der Präsident der National Housing Councils, Baronet John Dixon-Spender, in

seiner Eröffnungsrede hin auf das Zusammenströmen großer Bevölkerungsmassen in den Großstädten, als einer Folge der industriellen Entwicklung. Diese Entwicklung hat in allen Ländern die Wohnungsfrage zu einer brennenden gemacht.

Der Vertreter der englischen Regierung verwies auf die Schwierigkeit der Lösung der Wohnungsfrage. Sie sei nicht nur eine Frage, die die alten Städte betreffe, sondern in viel höherem Maße die heranwachsenden großen Gemeinwesen, wie New-York und das verhältnismäßig junge Berlin. Er fuhr dann fort: Die Wohnungsfrage ist ein viel größeres und tieferes Problem als das, gute Wohnungen zu schaffen. Die Wohnungsfrage enthält das ganze Problem der Armut und das große Problem der ungelerten Arbeiter. Es ist nicht der Mittelstand, es sind nicht die gelernten Arbeiter, die uns Schwierigkeiten machen, sondern es sind die ungelerten Arbeiter. Angehende Wohnungen wird es geben, solange es schlechten Lohnes, ungelerte Arbeiter gibt. Die Erhöhung des Standards der ungelerten Arbeiter, die Beseitigung ihrer menschenunwürdigen Lebenshaltung wird uns auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge weiterbringen. Es ist nicht einzusehen, weshalb viele ungelerte Arbeiter schlechter leben müssen als die Gefangenen in den Gefängnissen, als die Irren in den Irrenhäusern. Ein weiteres Problem, das mit der Wohnungsfrage aufs engste verknüpft ist, ist die Frauen- und Kinderarbeit. Der Redner stellte dann für das nächste Jahr die Einbringung eines Wohnungsgesetzes in Aussicht.

In Deutschland hat man sich bekanntlich noch nicht veranlaßt gesehen, der besonders von sozialdemokratischer Seite erhobenen Forderung nach Schaffung einer reichsgesetzlichen Regelung des Bau- und Wohnungswesens gerecht zu werden. Diese Tatsache läßt das Wort „Deutschland in der Welt voran“ auch in dieser Beziehung als unmotiviert erscheinen, wie denn die Kongreßverhandlungen in manch anderen Dingen noch die beschämende Rückständigkeit Deutschlands erweisen. So konnte aus Holland und England über die Tätigkeit der Wohnungsinpektoren, die in Holland als Staatsbeamte angestellt sind, berichtet werden, während Prof. Albrecht in Berlin erklärte: „Eine technische und Sachverständigen-Wohnungsinpektion kennen wir in Deutschland nicht, die Inspektion ist Sache der örtlichen polizeilichen Verwaltungen, sie liegt in den Händen des Schutzmannes. Wir sind also noch außerordentlich rückständig und bilden mit Reich auf Länder wie England, wo man bedeutend weiter ist als bei uns.“

Auch bei dem Punkte „Wohnfrage“, über den Dr. Mewes-Büßdorf referierte, erschien Deutschland in ungünstigem Lichte. Infolge der lebhaften Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat sowie des schnellen Anwachsens der einzelnen Städte ist hier die Boden Spekulation zu einem unerhörten Höhenzuge ausgeartet. Dafür gab der Referent einige Beispiele. 1880 besaß ein Terrain von 70 Gektar am Kurfürstendamm in Berlin den reinen Marktwert von 100 000; 1880 kostete dasselbe Stück Land

Ein großer Architekturfehler.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten.)

Durch die merkwürdige Vereinigung von Mietgebäude und Geschäftshaus in den deutschen Großstädten haben unsere Fronten eine ganz eigenartige unschöne Gestaltung erhalten, die auch durch die geschickteste Gliederung, durch das schönste Ornament nicht aus der Welt zu schaffen, sondern allen diesen Gebäuden eigentümlich ist. Im Erdgeschoß haben wir lauter große, nur durch schmale Pfeiler von einander getrennte Öffnungen, und in den vier oder fünf Obergeschossen viel kleinere und namentlich schmälere Fenster, die durch Pfeiler von weit bedeutenderer Stärke von einander getrennt sind, als wir sie im Erdgeschoß finden. Das ist schon an sich in konstruktiver und ästhetischer Hinsicht vollkommen verfehlt. Das ästhetische Grundgesetz, das ich natürlich nicht allein als maßgeblich hinstellen möchte, würde verlangen, daß die stärksten Pfeiler in das Erd- und Obergeschoß kommen, daß jeder Pfeiler der Obergeschosse von einem kräftigeren Pfeiler des Erdgeschosses aufgenommen werde und daß die Öffnungen unten demgemäß schmaler als oben ausfallen. Das ist nun natürlich nicht möglich; denn wir brauchen im Erdgeschoß ein breites Portal, eine breite Einfahrt, vor allen Dingen aber breite Schaufenster.

Nun erscheinen diese Schaufenster, die in der Regel neben dem Hauzeingang die ganze Front einnehmen, noch weit breiter, als sie tatsächlich sind, da man die Eingänge zu den Läden nur durch einen ganz schmalen Holz- oder Eisengitter von der Schaufensterfläche trennt. Diese Trennung wird absichtlich so wenig als möglich betont — Schaufenster und Ladeintür sollen als eine möglichst große, ungeteilte Glasfläche erscheinen; denn nach Ansicht der Geschäftleute repräsentiert sich ein Laden mit einer derartig großen Schaufensterfläche am günstigsten, und tatsächlich wird dann auch die Glasfläche der Tür zum Aushängen kleiner Gegenstände oder Plakaten benutzt.

Wie aber wirkt nun eine derartige Fassade im Ganzen? Die Schaufenster wirken als große Öffnungen, über denen ohne Stütze breite Baumasseln ruhen. Die wenigen Pfeiler des Erdgeschosses sehen wie Stützen aus, die merkwürdigerweise unter der ungesunden Last, die auf ihnen

ruht, nicht zusammenbrechen. Zwar wissen wir, daß eiserne Hilfskonstruktionen angewendet sind, denen man bei jedem Querschnitt große Lasten anteaugen darf, aber für das Auge ist dies völlig gleichgültig; ein Pfeiler, der für die über ihm aufragende Masse zu schwach aussieht, wirkt darum nicht tragfähig, weil er in sich einen Elementen trägt oder ganz aus Granit gefertigt ist.

Nun komme ich aber erst zu dem Architekturfehler, von dem ich sprechen wollte. Wir haben uns mit diesem Mißverhältnis zwischen den unteren und oberen Öffnungen, den unteren und oberen Pfeilern abgefunden. Es geht eben nicht anders. Aber Aufgabe des Architekten ist es, ein derartiges Mißverhältnis möglichst zu mildern. Leider wird aber der große Fehler nicht selten noch bedeutend verschlimmert. Es ist mir dies sehr häufig gerade bei sehr luxuriös ausgestatteten Berliner Neubauten aufgefallen.

Die Schaufenster wirken bei Tageslicht unterhalb der hellen Sandstein- oder Porphyrarchitektur wie große schwarze Löcher. Nun ist es logischerweise Aufgabe des Architekten, die wenigen Pfeiler des Erdgeschosses möglichst ungeladert zu lassen und ihnen den Charakter starrer Standpfeiler zu geben. Man wählt bei diesen Bauten auch tatsächlich häufig Granitpfeiler, die, ungeladert, das Uebel beseitigen. Wählt man aber einen dunklen Stein, der namentlich bei Nachtglanz, gleichfalls tiefschwarz erscheint, so geht die Pfeilerfläche mit der schwarzen Öffnung des Schaufensters vollkommen in eins zusammen, und nun haben wir für das Empfinden des Auges überhaupt nur noch eine große Baumasse, die von oben bis unten hellere getönt sind, so sieht das aus, als wenn die gesamte Baumasse der oberen Geschosse zwischen den beiden Nachbargebäuden eingeklemmt wäre, während das Erdgeschoß fehlt. In der Dämmerung wird dieser Eindruck noch verstärkt. Ich meine natürlich nicht, daß jemand mit gesundem Auge so leicht sein könnte, das Erdgeschoß überhaupt nicht zu sehen. Wir müssen aber hier die Begriffe „Sehen“ und „Empfinden“ unterscheiden. Die schwarzen polierten Steinpfeiler gehen mit der schwarzen Fläche des Schaufensters zusammen, und so empfinden wir beide vereint als eine Öffnung. Die Pfeiler sollten nur etwas dunkler als die Stein- oder Porphyrflächen der Obergeschosse gehalten sein — sie werden vielleicht darum gerade kräftiger wirken —

aber sie müssen sich wirkungsvoll von der Schaufensterfläche abheben.

Ich glaube, daß hier namentlich durch das Polieren dunkel getönter Steine ein großer Fehler begangen wird. Noch schlimmer aber wirkt die Front, wenn auf der einen Hälfte des Erdgeschosses die Pfeiler zwischen den Läden mit schwarzen Glasflächen bedeckt sind, während auf der anderen Hälfte die hellen Steinpfeiler unbedeckt und mit rot getöntem Glasflächen, hell getönten Metall- oder Goldrahmen versehen sind. Die schwarzen glänzenden Glasflächen, die häufig die Pfeiler in ganzer Höhe und Breite bedecken, sind außerordentlich beliebt — sie werden häufig bei Ausbesserung des Baues auf den Pfeilern befestigt, sind aber in architektonischer Hinsicht gar nicht am Platze.

Deshalb unangenehmen Eindruck gewinnen wir bei Gebäuden, die zwar keine Läden enthalten, bei denen aber der ganze Sockel mit einem tiefschwarzen oder dunkelgrünen polierten Stein verkleidet ist, während die oberen Etagen hell getönte Kugelflächen, Sandsteinarchitektur oder Basalt zeigen. Immer wieder habe ich bei derartigen Fronten die Empfindung gehabt, daß ein so dunkler polierter Stein nicht als tragender Körper wirkt, und daß die hellen Massen oben viel schwerer wirken, als der trüffliche Sockel aus diesem dunkel polierten Stein. Man wählt sehr ein Material, weil es prächtig und luxuriös aussieht, aber in architektonischer Hinsicht ist es weit zweckmäßiger, an dieser Stelle einen etwas unpolierten Stein zu verwenden. Merkwürdigerweise wird der Fehler weit seltener bei Ausbesserung von Gebäuden begangen. Hier wird man finden, daß der polierte dunkle Granit- oder Gneisobelst weit häufiger auf einen Sockel aus hellem Stein gesetzt wird, als umgekehrt. Tatsächlich wirkt auch ein heller Sandsteinsockel kräftiger, als ein dunkelgrüner, polierter Stein von gleicher Dimension, so daß es logisch ist, den Sandstein zum Sockel, den Granit zum Aufbau zu verwenden — soweit überhaupt ästhetische Fragen in Betracht kommen. Das Auge kennt nicht die Zahlen des Statikers und richtet, unbewußt, von allen anderen Momenten.

Ich bin überzeugt, daß mir zahlreiche Architekten, Steinmetzen und Bildhauer Recht geben werden, wenn sie dem Gegenstande eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Schlüsse für die Praxis ergeben sich daraus von selbst.

5 Millionen Mark. Der Gesamtbodenwert von Charlottenburg betrug 1895 6 Millionen Mark, 1897 800 Millionen Mark. In München wurde das Gelände des städtischen Schlachthofes 1872 für 4,91 pro Quadratmeter gekauft; 1896 war der Wert 50 pro Quadratmeter. In Freiburg im Breisgau kaufte man Bauland bis 1870 durchschnittlich für 5,40 pro Quadratmeter; jetzt muß man 25 bezahlen. Selbst in kleinen Städten wie Gießen ist der Bodenwert eines Quadratmeters in den letzten drei Jahren von 50-8 auf 22 gestiegen.

Der Präsident der First Garden City Ltd., Mr. Williams, sprach über die Notwendigkeit der Schaffung von Gartenstädten, ein Projekt, das zum ersten Male mit der englischen Gartenstadt Letchworth verwirklicht worden ist. Nach Ansicht des Referenten kann die Frage, wie der übermäßigen Volksdichte in den Großstädten zu begegnen ist, nur auf zwei Arten gelöst werden: entweder müssen neue Vorstädte gebaut werden, oder es muß ein Teil der Großstadtbewölkerung aus der Großstadt ausziehen und mit einer kleineren gewerblichen und sonstigen Beschäftigung gänzlich neue Orte gründen. Wie aber letzteres mit Rücksicht auf die Millionen der vom Kapitalismus absolut abhängigen Proletarier verwirklicht werden könne, hat der Redner nicht gesagt. Manchem mag dieser Vorschlag anmuten wie eine Utopie, aber es ist schon manche „Utopie“ verwirklicht worden.

Ein Diskussionsredner, Professor Bogi Frankfurt am Main, führte aus, die Besiedelungsweise Deutschlands sei nicht deshalb eine andere als in England, weil andere Bauordnungen bestehen, sondern weil der deutsche Volksharakter ein anderer sei, der das Zusammenwachsen, die Zentralisation liebt. Wir können dieser Ansicht nicht unbedingt beipflichten. Die Wohnungsfrage, welche als ein Stück der großen sozialen Frage unserer Zeit erachtet werden muß, hat allerdings einiges gemein mit Eigentümlichkeiten des Volkscharakters. Aber im Zuge der gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung von heutzutage herrscht der Zwang der Notwendigkeit, der keine Rücksicht kennt auf Wünsche und Neigungen. Genau wie in England herrscht auch bei uns der sehr lebhafteste Wunsch nach Dezentralisation, ganz besonders bei denen, die das Wohnungsgeld aus praktischer Erfahrung kennen, bei den proletarischen Massen, und wenn in England diese Dezentralisation in größerem Umfange verwirklicht ist als in Deutschland, so erklärt sich das aus den Besonderheiten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Englands.

Ueber „Bauungsplan und Bauordnung“ sprach Dr. Stübgen-Berlin, der sich gegen Errichtung sogenannter Mietskasernen aussprach. Wegen der meistens vorhandenen räumlichen Beschränktheit, meist auch wegen der ungenügenden Belüftung und Lüftung, sowie der mangelhaften Instandhaltung der einzelnen Wohnungen, Höfe, Treppen und Gänge, ferner wegen der Höhe des Mietspreises sind diese Mietskasernen eine soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Gefahr. Der von Dr. Stübgen erwähnte, von Deutschland ausgehende Gedanke, die ganze unbebaute Stadtumgebung mit einem einheitlichen amtlichen Bauungsplan zu überziehen und für dessen einzelnen Teile die verschiedenen Bauungsarten von vornherein allgemein festzusetzen, verdient Anerkennung; seine Verwirklichung würde ein Schritt vorwärts sein auf dem umfassenden Gebiete der öffentlichen Wohnungsfürsorge.

Alles in allem sind die Verhandlungen des Kongresses der Wohnungswelt, besonders aber fällt der Umstand, daß die Wohnungsfrage auf das Gebiet der internationalen Fragen gerückt ist, ins Gewicht. Das an sich schon ist ein nicht zu unterschätzendes Stück Kulturfortschritt.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906.

Von E. Brunner.

Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle ist im Jahre 1906 wieder um ein beträchtliches gestiegen. Zu dem Ende 1905 bestehenden 480 Gewerkschaftskartellen sind 78 neu gegründete hinzugekommen, so daß Ende des Jahres 1906 in 558 Orten Gewerkschaftskartelle vorhanden waren. Die Gründung von Kartellen erfolgte im letzten Jahre ausschließlich in kleineren Orten, und zum Teil in solchen Orten, in denen früher schon einmal ein Zusammenschluß der Gewerkschaften stattgefunden hatte, der aber wegen Interesslosigkeit, teils auch infolge Mangelregelung wieder in die Brüche gegangen war.

Die Statistik umfaßt auch für 1906 nicht sämtliche Kartelle, erstreckt sich vielmehr nur auf 526 = 95,1 p. h. der bestehenden Kartelle. Es fehlen in derselben 27 Kartelle, was besonders deshalb zu bedauern ist, als unter den fehlenden Kartellen sich verschiedene größere befinden, deren Stellen in der Statistik geeignet ist, das Gesamtbild, wenn auch nur in geringem Maße, ungünstig zu beeinflussen.

Den 526 an der Statistik beteiligten Gewerkschaftskartellen sind insgesamt 7890 gewerkschaftliche Organisationen mit zusammen 1600 292 Mitgliedern angeschlossen. Davon sind Kartellen der an die Generalkommission angeschlossen Kartellverbände 7829 mit 1494 388 Mitgliedern, 85 Lokalverbände mit 4245 Mitgliedern und 26

Zweigvereine anderer, der Generalkommission nicht angeschlossener Organisationen mit zusammen 1421 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder der Kartellverbände betrug am Schlusse des Jahres 1789 293. Es sind demnach 83,1 p. h. dieser Gewerkschaftskartellen in den Kartellen vereinigt. 1905 waren von 1 162 331 Gewerkschaftsmitgliedern 81,8 p. h. den Gewerkschaftskartellen angeschlossen. Von den 85 Lokalverbänden, welche den Gewerkschaftskartellen angeschlossen sind, befinden sich allein 16 mit 2815 Mitgliedern in Solingen. Die übrigen 19 Vereine verteilen sich auf weitere 12 Orte. Zwei dieser Lokalverbände — einer in Berlin und einer in Köln — sind solche, für deren Beruf eine Zentralorganisation nicht besteht.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Kartellverbände ist immer noch ziemlich groß. Insgesamt stehen in 216 Orten 400 Zweigvereine den örtlichen Kartellen fern.

Nächst dem Verbands der Buchdrucker stellen die Organisationen des Baugewerbes, Maurer, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Bauhilfsarbeiter, ferner die der Maschinisten, Metallarbeiter und Schneider die größte Zahl der den Kartellen fernstehenden Zweigvereine. Von 7678 in den Kartellorten bestehenden Organisationen gehören 7278 = 94,8 p. h. den Gewerkschaftskartellen an. In dieser Hinsicht ist seit 1903 kaum eine Besserung eingetreten; denn es waren während der vier Jahre stets etwas mehr als 5 p. h. der in Kartellorten bestehenden Organisationen den Kartellen nicht angeschlossen.

Neben der Agitations- und Organisationsfähigkeit der Kartelle verdienen diese ihre Aufmerksamkeit ganz besonders auch auf die Bildungsbestrebungen der Arbeiter, sowie auf das Gebiet des Rechtsschutzes und der Auskunfts-erteilung.

Es unterhalten 300 der an der Statistik beteiligten Kartelle eine gemeinsame Bibliothek und 47 Kartelle unterhalten außerdem auch ein Lesezimmer. Für das Jahr 1906 bezeichnete die Statistik 262 gemeinsame Bibliotheken und 89 Lesezimmer. Es ist erfreulich, daß die Kartelle einerseits Aufgaben mehr und mehr in der Befriedigung des Bildungsbedürfnisses der Arbeiter erkennen und dieser Erkenntnis auch dadurch Ausdruck verleihen, daß sie neben den eigenen Unternehmungen, wie Bibliotheken, Vortragsabende, wissenschaftliche Vorträge usw., auch die von bürgerlicher Seite veranstalteten, der Volksbildung und Unterhaltung gewidmeten Unternehmungen unterstützen, soweit diese letzteren den Prinzipien der Klassenbewegung nicht zuwiderlaufen. Dies Werten ist um so mehr zu begrüßen, als gerade auf diesem Gebiete die einzelnen Organisationen, insbesondere in kleineren Städten, der geringen Mitgliederzahl wegen nur unbedeutendes und zum Teil überhaupt nichts zu leisten vermögen, während sich durch die Zusammenfassung der Kräfte, wie dies in den Gewerkschaftskartellen der Fall ist, auch in kleineren Orten recht ansehnliche Erfolge erzielen lassen.

Die Zahl der von den Kartellen unterhaltenen Arbeitersekretariate ist von 81 im Jahre 1904 und 56 im Jahre 1905 auf 67 im Jahre 1906 gestiegen. Auskunftsstellen wurden im Jahre 1906 von den Kartellen 116 unterhalten, so daß insgesamt 188 Kartelle Einrichtungen für Auskunfts-erteilung und Rechtshilfe getroffen haben. In welcher Weise die von den Kartellen zu erledigenden Arbeiten an Umfang zugenommen haben, geht daraus hervor, daß 14 Kartelle gegen 8 in 1905 und 6 in 1904 ein eigenes Bureau mit besoldeten Beamten unterhalten. Die Gesamtzahl der von den Kartellen angestellten, in den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsbureau tätigenden Beamten betrug 1904 48, 1905 84 und 1906 110.

Gewerkschafts- oder Volkshäuser, die von den Kartellen selbständig oder mit deren Hilfe und Unterstützung erhalten werden, sind in folgenden Städten vorhanden: Berlin, Braunsberg, Breslau, Cassel, Celle, Charlottenburg, Köln a. Rh., Dresden, Düsseldorf, Eberfeld, Erfurt, Feuerbach, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Garmburg, Genua, Heidelberg, Rattowitz, Kiel, Leipzig, Plessen, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Mülheim a. Rh., Offenbach a. M., Plauen i. V., Röhndorf, Solingen, Stralund, Stettin, Stuttgart, Trier, Bernerode, Wilhelmshaven, Worms und Wittau. Es sind dies 86 Städte, die über ein „eigenes Heim“ verfügen. 1905 konnten nur 26 Kartelle über die Existenz eines solchen Unternehmens berichten. Es handelt sich hierbei durchweg um genossenschaftliche und gesellschaftliche Unternehmungen mit besonderer Verwaltung, über deren Einrichtungen und Rentabilität die Jahres- und Kasienberichte der Verwaltungen Aufschluß geben. Mit den Gewerkschafts- und Volkshäusern sind häufig auch Versammlungssäle und verschiedene auch Zentralherbergen verbunden. Infolge der Sozialisterei seitens gegnerischer Organisationen sowie der Beeinflussung der Sozialisten seitens des Reichsverbandes, der Polizei- und Militärbehörden sind die Gewerkschaftskartelle sehr vieler Orte genötigt, besondere Aufwendungen für Versammlungsräume zu machen. Für 1906 berichteten 107 Kartelle, einschließlich derer mit Gewerkschaftshäusern, über die Unterhaltung von Versammlungssälen.

Zentralherbergen werden von 36 Kartellen unterhalten; eine unter Kontrolle des Gewerkschaftskartells oder einer vom Kartell gewählten Verbergskommission stehende Herberge beim Gastwirt ist in 236 Kartellorten vorhanden.

Die Einnahmen der Kartelle bestehen in erster Linie aus den festen Jahresbeiträgen, die mit geringen Ausnahmen alle Kartelle erheben, sowie aus den Ueberschüssen der verschiedenenartigen Unternehmungen. Von den 526 berichtenden Kartellen erheben 520 einen bestimmten Jahresbeitrag, der bei drei Kartellen noch nicht 10 pro Jahr beträgt und bis zu 8, bei zwei Kartellen, steigt. Um den an die Kartelle gestellten finanziellen Anforderungen genügen zu können, waren sie von Jahr zu Jahr genötigt, die Beiträge zu erhöhen, ganz besonders sind diese in den letzten beiden Jahren gestiegen.

Während 1902 der höchste Jahresbeitrag 1,20 betrug, stieg er im Jahre 1905 auf 2,60, um 1906 die Höhe von 8 zu erreichen.

Die Gesamteinnahmen der 507 Kartelle — 19 Kartelle haben darüber keine Angaben gemacht — im Jahre 1906 betrugen 1 016 758. Davon aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften 431 832, aus sonstigen Einnahmen (Ueberschüssen von Festlichkeiten, Schriftendruck, usw.) 193 144 und aus Streiksammlungen 444 213. Die Kartelle gaben insgesamt 267 545 für Streikunterstützung aus, so daß nach Abzug der durch Sammlungen aufgebracht Summe aus den Kasien der Kartelle insgesamt 43 332 für Unterstützung von Streiks und Auspötrungen verausgabt worden sind. Obgleich 468 Kartelle angaben, daß sie Streiks und Auspötrungen unterstützen und die dazu erforderlichen Mittel durch Sammlungen aufbringen, so haben sich doch nur 262 Kartelle an solchen Sammlungen beteiligt. Das Jahr 1906 war an wirtschaftlichen Kämpfen überaus reich, und ganz gewaltige Summen waren erforderlich zur Führung dieser Kämpfe. Aus den Kasien der Gewerkschaften wurden insgesamt 18 745 412 an Streikunterstützung gezahlt. Die äußerst geringfügig erschienen neben solcher Summe die 244 213, welche die 202 Kartelle für Streikunterstützung gesammelt haben. War es früher eine der Hauptaufgaben der Kartelle, Mittel für Streikunterstützung zu beschaffen, so tritt diese Tätigkeit jetzt mehr und mehr in den Hintergrund. Selbständig und unaufgefordert dürfen die Kartelle solche Sammlungen nicht mehr veranstalten, und für die Gewerkschaften ist es eine Ehrensache, die Kämpfe möglichst mit eigenen Mitteln und ohne Zuhilfenahme öffentlicher Sammlungen zu führen. Wenn nun auch die Sammlungen mehr und mehr eingeschränkt werden, ganz verschwinden werden sie nicht; denn darauf unter allen Umständen zu verzichten, wird, so lange Streiks zu führen sind, nicht als möglich sein.

Abzüglich der für Streiks gesammelten Gelder betrug die Gesamteinnahme der Kartelle 672 545. Der in den Kasien der Kartelle zu Beginn des Jahres vorhandene Kassend Bestand betrug 297 100, so daß den Kartellen insgesamt eine Summe von 969 645 für die laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Die gesamten Ausgaben beliefen sich auf 559 981, und soweit festgelegt werden konnte, war am Schlusse des Jahres 1906 ein Kassend Bestand von 429 763 vorhanden. Es wurden ausgegeben für Agitation 66 777, für Arbeitersekretariate 22 374, für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 60 682, für Herbergen und Arbeitsnachweise 5203, für Arbeitersekretariate, Auskunftsstellen, Bibliotheken und Lesesäle 157 404, für Verwaltung, worunter auch teilweise die Verwaltung der Arbeitersekretariate zu verstehen ist, 121 077 und für sonstige 138 994. In der letzten Summe sind 6080 für statistische Erhebungen gemachte Ausgaben enthalten.

Auf welchen Gebieten die Mehrzahl der Kartelle sich hervorragend betätigt, läßt sich am besten an den aufgewandten Kosten erkennen. Der Agitation haben die Kartelle ungewissheit im letzten Jahre weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet, als in den Vorjahren. Wiederholt wiesen wir darauf hin, daß die Kartelle diese ihre Hauptaufgabe teilweise ungenügend, zum Teil gar nicht erfüllen, und mit Befriedigung können wir heute die eingetretene Besserung konstatieren. Ebenso sehen wir, daß sich die Kartelle immer mehr den Charakter als Erziehungsanstalten aneignen. Die Summen, die von den Kartellen für Auskunfts-erteilung, Bibliotheken und Lesesäle aufgewendet werden, sind rapid gestiegen. Während 1903 für diese Zwecke von 211 Kartellen 59 737 verausgabt wurden, haben 1906 331 Kartelle die Summe von 157 404 für solche Zwecke verwendet.

Unsere Kartelle haben der gegnerischen Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre jedenfalls eine größere Aufmerksamkeit zugewendet, als früher; das wird dadurch bemerkt, daß ihre Angaben bezüglich der Existenz christlicher Kartelle zuverlässig sind, was in den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war. Es sind danach in 130 Orten neben unseren Kartellen auch christliche vorhanden; das besagt, daß in diesen Orten die christliche Bewegung zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Ueber die Stärke der christlichen Kartelle sind unsere Genossen nur wenig informiert; denn nur 79 Kartelle waren in der Lage, Angaben über die Zahl der den christlichen Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften machen zu können. Die Gesamtzahl der christlichen Gewerkschaften in 79 Kartellen beträgt 412. Christliche Arbeitersekretariate und Volkshäuser sind in 80 Kartellorten vorhanden. Diese haben sich seit 1905 nicht wesentlich vermehrt. Trotzdem muß man anerkennen, daß die Christlichen ihren Verhältnissen entsprechend auf diesem Gebiete das Möglichste zu leisten suchen.

Die Zahl der Kirch- und Dunderschen Ortsverbände wird auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den Kirch- und Dunderschen keine Rede mehr sein, ihre Zeit ist abgelaufen. Als Unterhaltungsstätten mögen sie noch lange bestehen, und im wirtschaftlichen Kampfe werden sie auch noch öfter von sich reden machen, indem ihre Mitglieder die Rolle der „Gelben“ spielen dürfen, ohne von der Organisation dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Ueber die Tätigkeit unserer Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906 können wir uns im allgemeinen anerkennen ausdrücken. Die Agitation, die Auskunfts-erteilung, das Bibliothekswesen, die Vorbereitungen für die Arbeiterwahlen, das alles sind Aufgaben, die die Gewerkschaftskartelle im letzten Jahre nach Möglichkeit zu erfüllen gesucht haben, und der Erfolg wird die aufgewendete Arbeit reichlich lohnen. Wir können uns so mehr der Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle unsere Anerkennung gönnen, als gerade die wichtigsten Gebiete besonders ins Auge gefaßt worden sind. Werden die Kartelle in dieser Weise weiter wirken, so dürfen sie der Unterstützung aller Gewerkschaftsfreie sicher sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Prozess gegen Petroleumtrust, der Petroleummarkt im allgemeinen — Petroleumexport in England — Deutschland.

Die amerikanischen Wörten haben wieder einmal die Führung der Weltbewegung übernommen. Das entspricht dem Gefühl der allgemeinen Unsicherheit, das diesen über dem Ozean gleichfalls herrscht und beispielsweise alle Eisenbahnen für spätere Zeit vermindert, weil die großen Eisenverbraucher der Union einen Preissturz mindestens für möglich halten und sich deshalb jetzt, auf der Grundlage noch immer recht hoher Preise, zu nichts verpflichten wollen; man hält sich zurück, weil man in Zukunft sicher keine höheren Preise zu bewilligen braucht, also nichts verlieren kann, weil man aber wahrscheinlich später seinen Bedarf wesentlich billiger decken, also durch Waren nur gewinnen kann.

Ihren besonderen Anstoß jedoch fand die Preisstimmung in Wallstreet (der New Yorker Börse) in dem Urteil, das am 8. August, der Chicagoer Richter, Kanis gegen die Standard Oil Company, gegen den sogenannten Petroleumtrust verurteilt. Der Modelltrust hat, wegen nachgewiesener 1482 Fälle verbotener Wirtschaftsverstöße, nicht weniger als 29,24 Millionen Dollar (rund 120 Millionen Mark) Strafe zu zahlen, wozu die höchste Strafe, auf die jemals von einem Gericht erkannt worden ist. Dazu nannte Richter Kanis, unter dem Vorwand der zahlreichen Zuhörer, die Zerstörer, schlimmer als Goldgräber und Wüstener, er bedauerte, daß er sie nicht ins Gefängnis legen könne. Hierbei spielt natürlich die parteipolitische Demagogie eine große Rolle. Die republikanische Partei, oder doch der große Teil derselben, sucht zu verhindern, daß die zukunfts wachsende Wählermehrung gegen die Trusts ausschließlich den Demokraten nützt, die den Kampf gegen die „kapitalistischen Ungeheuer“ von jeher betrieben und für den Stimmenfang ausbeuten. Zu weit wird man jedoch kaum gehen wollen, denn für den republikanischen Wahlfonds wiegen die „Verstöße“ des großkapitalistischen Unternehmens und Spekulationsunternehmens unerheblich schwer. Das Urteil des Bundesbezirksgerichts in Chicago ist in der Tat gar kein einschlägiges. Die höheren Instanzen sind bereits angeregt, und mit dem Hauptantrag gegen die Bankrottverurteilung ist man schon vor der Öffentlichkeit heraufgeführt. Das bundesgerichtliche Verbot von Eisenbahnfrachtabgaben — der Trust zahlte pro Zentner statt 18 Cents immer nur 6 Cents, also lediglich ein Drittel — gilt nämlich nur dem „Zustandekommen“ der Trusts, da die Einzelstaaten ebenfalls jeden Eingriff in ihre inneren Verkehrsverhältnisse ablehnen. Tatsächlich bezogen sich nur die gerichtlichen Untersuchungen Trustverträge mit der Chicago-Union und anderen Eisenbahnverträgen nur auf Transportfrachten in einer halben desigen Einzelstaaten. Insofern kommt es — und hiergegen setzt die Berufung vor allem ein — nach Richter Kanis darauf nicht an; durchschlagend sei vielmehr, ob die Ware selbst, um die es sich handelt, auf ihrem Gesamtwege von Staat zu Staat gehe; die vereinbarte geheime Frachtabstimmung, obwohl sie formell lediglich für die Teilstrecke innerhalb eines und desselben Bundesstaates zustanden sei, wirke also dann genau so wie eine künstliche Verbilligung der ganzen Transportstrecke, die der fiktive Einzelstaat durchschneide. Wollte die Reichsregierung diese Schlussfolgerung nicht ziehen, so ließen sich alle Zwischenstaatengesetze der Union dadurch umgehen, daß man jede verbotene Einheit auslöse in einer Summe von zulässigen Teilen.

Gleichwohl, ob die oberen Instanzen diesem vernünftigen Gedankenkreis ihrerseits folgen werden, jedenfalls hat das ersteinständige Urteil wie ein Schreckhauch auf die Trusts und ihre Verbündeten, also in erster Linie auf die amerikanische Großökonomie und Börse gewirkt. Denn ähnliche Prozesse gegen die Standard Oil Company sind noch in anderen Staaten anhängig, in Louisiana, in Missouri, in Kalifornien und New York. Ferner soll nunmehr auf Grund des angestammten Beweismaterials, gegen die Wahngesellschaften selber vorgegangen werden. An den Bahnen — Staats- und Bundesbahnen kennt Amerika noch nicht — hängen jedoch Lebensinteressen der Banken, der führenden Spekulationskapitalisten. So ist die Verurteilung der Trusts erklärlich. Ob die Summe jedoch so hoch gegeben wird? Das würde allen bisherigen Erfahrungen in den 1. genannten Antitrustgesetzen Amerikas widersprechen. Auch andere kritische Zweifel ergeben sich gegen diese Art der Trustbestrafung. Einmal sind 120 Millionen Mark, so enorm die Strafe scheint, für das Modellmonopol noch immer eine Kleinigkeit; noch nicht drei Viertel einer einzigen Jahresdurchschnittsdividende (in den Jahren seit 1898 wurden in Summa 880 Millionen Dollar Dividenden verteilt). Einem vollen Weltmonopol würde es sogar nicht schwer fallen, die gerichtlichen Strafen wie alle Vorausgaben von den Konsumumenten wieder hereinzuholen und beizutreiben, wenn auch nicht in einem einzigen Anlauf. Es wäre ein vollkommener Wiberfuss, wenn die bürgerliche — demokratische oder republikanische — Parteitagung zuletzt in einer noch härteren Schöpfung der Verbraucher endete!

Mit Bestimmtheit läßt sich darüber kaum abzuwägen sagen. Tatsache ist allerdings, daß die Ausbeute der russisch-asiatischen Produktion, der Produktion Oligiens, Humaniens, Sumatras mit den Jahren wesentlich fortgeschritten ist. Nur hat Rußland durch die Unruhen im Kaukasus einen starken Rückschlag erlitten: die Petroleumgewinnung der Apsheronhalbinsel hatte 1904 614,6 Millionen Rub. betragen, fiel jedoch in den nächsten Jahren auf 410,3 Millionen Rub. in 1906 und 445 Millionen Rub. in 1906; was sich im eigentlichen Produktionsgebiet bessert, mußte die zerrütteten allgemeinen Verkehrs- und Kreditverhältnisse in Rußland wieder verberben. Wenn wir deshalb die deutsche Versorgung zum Ausgangspunkt nehmen, so haben nur die rumänischen und österreichischen (galizischen) Zufuhren eine größere Ausdehnungsfähigkeit befunden. An raffiniertem Petroleum — die Einfuhr von Rohpetroleum vermindert nach wie vor dagegen — wurden bei uns eingeführt:

	1904 Doppel- zentner	1905 Doppel- zentner	1906 Doppel- zentner
Insgesamt	9705986	9484780	9506898
Darvon aus den Verein. Staaten	7771404	7708991	7801838
Rußland	1818383	1188783	980890
Österreich-Ungarn	428086	508920	598872
Rumänien	70908	19042	119597

Das Übergewicht Amerikas ist hiernach noch immer ganz gewaltig. Dazu kommt, daß die anderen Zufuhren gleichfalls ihre Kartellorganisation gefunden haben, zum Teil sogar unter Mitwirkung amerikanischer Kapitals, so daß lebhafteste Preisunterbietungen kaum wahrnehmbar sind. Allerdings ist das österreichische Petroleumkartell letzten aus dem Zeim gegangen, jedoch nur, weil die widerstrebenden Interessen eine „Reorganisation“ auf anderer Grundlage zu erreichen wünschten. Schon seit der zweiten Juniwoche haben wir deshalb steigende und feste Petroleumpreise. War gegen Ende 1906 eine Höhepunkt mit 7,40 für Standard-White erreicht, so bröckelten die Preise 1906 bis auf 6,80 ab, hielten sich zunächst 1907 auf ungefähr gleichem Niveau, um seit Juni wieder emporzugehen, so daß in der abgelaufenen Woche 7,25 die Regel bildeten. Von einem verhärteten Konkurrenzkampf ist hier nichts zu spüren und die nächste Zukunft wird kaum ein anderes Bild bieten. Die Standard Oil Gesellschaft hat schon so oft in Konkurrenzgefechten Gebieten den Gegner durch lokale Preisermäßigungen müde gemacht, daß ihr auch jetzt niemand leicht den Fehlschlag hindern wird.

Eine starke Milderung der amerikanischen Verhältnissen auf Europa war auch sonst kaum zu bemerken. In England benutzte man sogar den abermaligen glänzenden Handelsausweis für den Monat Juli zur Verleumdung des Mutes. Einfuhr wie Ausfuhr zeigten von neuem steigende Wertsummen, die Ausfuhr stand noch niemals im Juli so hoch — allerdings umfaßte der diesjährige Juli einen Arbeitsstag mehr als 1906 — und im allgemeinen fußt die Berechnung auf einer höheren Preisgrundlage, so daß die Gewichtsummen nicht ganz so rasch gemindert sind wie die Wertsummen. Wir geben die Ziffern und den Zuwachs gegen das Vorjahr wieder:

	Neberhaupt Pfd. St.	Mehr gegen das Vorjahr Pfd. St.	In Prozenten mehr gegen das Vorjahr
Im Juli 1907			
Einfuhr	52218304	3605505	7,4
Ausfuhr	40452331	7009369	20,9
Wohle Weiberausfuhr*	7886291	1328966	21,9
In den sieben Monaten bis Ende Juni 1907			
Einfuhr	380562214	31428879	9,0
Ausfuhr	246769800	32733322	15,2
Wohle Weiberausfuhr*	68937547	8459340	16,7

Obne den Wert der Eisenbahnziffern zu überschätzen, wird man das zweifelhafte als Beweis des noch immer guten Geschäftsganges ansehen dürfen.

In Deutschland sind seit dem letzten Lieferstills kaum besonders markante Erscheinungen hervorgetreten. Bezeichnend ist es aber wohl, daß fast jede Woche ihren Feinzuwachsbruch zu verzeichnen hat, ohne jedoch zu ernstlichen Erleichterungen oder gar zu ernstlichen Katastrophen zu führen. So stellte Anfang Juli die Berliner Holzfirma „Gulab Gohn“ ihre Zahlungen ein, mit Verpflichtungen von über einer Million Mark; einige kleinere Firmen in Berlin und Stettin haben ihre engen Verbindungen zu dem größeren Unternehmen mit dem gleichen Ende beklagen müssen.

Die Grunteverhältnisse sind bei uns — und anderwärts — noch immer nicht klar zu übersehen; doch scheinen nunmehr die schlimmsten Verwicklungen überstanden, die in den letzten Juniwochen und Anfang Juli nochmals mit verstärkter Kraft erwachten und auch die Getreidepreise nochmals etwas nach oben drängten.

Berlin, 11. August 1907.

Mag. Schöppel.

Politische Umschau.

Gegen das reaktionäre Wahlrecht zum preussischen Landtage will nun auch die bürgerliche Linke ernstlich vorgehen, nachdem sie von der Sozialdemokratie jahrelang vergeblich dazu aufgefordert wurde. Der Ruf im Streik ist der Abgeordnete Naumann, der als Ersatz für das heute in Preußen geltende Dreiklassenwahlrecht die Übertragung des Reichstagswahlrechts fordert. Naumann will Demokratie sein und da ist es nur konsequent, wenn er alles Serumdoktor — an dem alten Wahlrecht verwirrt und daselbst forbert, was auch die Sozialdemokratie stets gefordert hat. Ihm haben sich dann noch einige andere Feinsinnige angeschlossen, so der Süddeutsche Bayer und Schrader, der Führer der freisinnigen Vereinigung. So sehr es von unserem Standpunkt aus zu begrüßen ist, wenn sich auf die noch freihändig gestimmten Reize des Bürgerrechts für diese bringende nötige politische Reform ins Zeug legen, so kann uns das aber doch nicht abhalten, ihrem Beginn mit äußerst kritischen Blicken zu folgen. Nicht als ob wir befehligen, ein energisches Vorgehen der bürgerlichen Linken könnte der Sozialdemokratie Abbruch tun; wir fragen nicht danach, wer die Spitze in diesem Kampfe gegen das reaktionäre Landtagswahlrecht bildet, uns ist bestenfalls ein Erfolg durch ein wahrhaft demokratisches Wahlrecht die Hauptsache und jeder Kämpfer ist uns dabei willkommen, aber wir können den Glauben der Freisinnigen nicht teilen, daß sich diese Reform mit Hilfe der Regierung erzielen läßt. Und darauf läuft der ganze Kriegsplan Naumanns hinaus. Wenn, eine wahrhaft demokratische Wahlreform läßt sich in Preußen nur gegen den Widerstand der Regierung und des Zentrums erreichen. Das sollte doch eigentlich so klar sein, daß kein politisch einflussreicher Mensch daran zweifeln könnte. Die Freisinnigen glauben, daß Wilam, um den Freisinn im nationalen Wod zu halten, das Wahlrecht trotz des Widerstandes der Konföderation in dem von ihnen geforderten Sinne reformieren wird. Falsch, das ist eine solche kindliche Ansicht, daß man sich fragen muß, ob da der ganze Vorstoß überhaupt etwas gemeint ist. Wir wollen damit die Aufschüttung bereit um Naumann und Schrader nicht bezeichnen, aber ihr Verhalten könnte tatsächlich solche Zweifel wachrufen.

Nun wäre ein energischer Kampf des Freisinn für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen in auch ein Bruch mit der ganzen bisherigen Freisinnpolitik. Einzelne Organe der liberalen Wochenschriften wollen auch jetzt nichts davon wissen. So hat die „Freisinnige“ und auch die „Vossische Ztg.“ betont, daß man entscheiden zu weit gehen, wenn man das Reichs-

* Re export: Hier wirkt England nur als großer Zwischenhändler, der v. B. Kolonialprodukte herbeibringt und dann an andere Länder weiter liefert.

tagswahlrecht für Preußen fordern. Man solle sich auf das Beschränken, was „nach Lage der Sache“ zu erreichen sei, ohne den Bestand des Wods zu gefährden. Diese und andere freisinnige Blätter sind der Meinung, daß man sich mit dem begnügen müsse, was die Regierung gewähren würde, und das ist, soweit man bisher etwas darüber weiß, ein Verlassen auf die Rechte mit ständiger Gliederung. Also ein Wahlrecht, bei dem es der Arbeiterklasse vielleicht möglich sein würde, eine beschränkte Anzahl Vertreter, vielleicht ein Zehntel aller Abgeordneten, ins Preussenparlament zu schicken, das aber an dem reaktionären Charakter dieses Parlamentes auch nicht das geringste ändern würde. Für die Stellung eines Parlamentes in Arbeiterfragen kommt nicht allein in Betracht, wieviel Arbeitervertreter im Parlament sitzen, sondern auch, welchen Einfluß die Gesamtheit der Arbeiter auf die ganze Zusammenfassung des Parlamentes ausüben kann. Bei einem ständisch gegliederten Wahlrecht ist dieser Einfluß nur sehr gering, woraus sich ergibt, daß der Arbeiterklasse mit einer solchen Reform, wie sie die Regierung gnädigst gewähren will, nicht oder doch nur sehr wenig gebiet ist. Wir haben bisher die scharfe Kritik mancher Parteiblätter an den Verhältnissen des Freisinn in der Wahlrechtsfrage aus tatsächlichen Gründen nicht gerade billigen können; wenn sich der Freisinn aber mit dieser „Reform“ zufrieden geben sollte, wenn er jetzt von einer weiteren ernstlichen Propagierung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag absehen sollte, so verdient er die allergrößtmögliche Verurteilung.

Ueber die Stellung des Zentrums zur Frage der Wahlrechtsreform ist noch keine völlige Klarheit vorhanden. Große Neigung zu einem ehrlichen Kampfe gegen das bestehende Wahlrecht hat das Zentrum sicherlich nicht. Es wird nur dann etwas tun, wenn seine Arbeiterwähler mit Ungefallen darauf drängen. Es hat den Anschein, als wenn das geschehen sollte. Eine sehr beachtenswerte Aeußerung darüber finden wir in der Nr. 33 der „Wagewerkschaft“, in einem Artikel, der sich gegen den § 28 des preussischen Einkommensteuergesetzes richtet. Es heißt dort: „Es wäre zu wünschen, daß die zur Zeit von den Liberalen lebhaft erörterte und teilweise auch betriebene Wahlrechtsreform zum preussischen Abgeordnetenhaus greifbare Formen annehmen möchte. Die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf das Abgeordnetenhaus wäre die sicherste Gewähr für den Einzug eines wirklich sozialen Geistes in dieses Haus und damit der Beseitigung der Ungerechtigkeiten, die dort gehäuft wird. Die Vergleichsabelle, die Behandlung der Konsumvereine und des in vorstehendem gekennzeichneten § 28 sind Wahrgeld dieses Hauses, welche die deutsche Arbeiterklasse nicht so leicht vergessen kann.“

Wir können nur schuldlos zu und wünschen nur, daß das Wort diese Aufstellung festhalten möge. Das Zentrum kann nur durch seine Arbeiterwähler vorwärts getrieben werden. Sollen sie es nicht wieder so, wie bei den Kämpfen um den Sozialist, wo die Opposition der Zentrumsarbeiter brutal und ungerecht wurde.

Unsere Stellung ist gegeben. Wir werden selbstverständlich jede Aktion unterstützen, die geeignet erscheint, die Forderung nach einem wahrhaft demokratischen Wahlrecht zum Landtage des größten Bundesstaates zu verwirklichen.

Gewerkschaften als Förderer der Wissenschaft. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

„Wohlf in Preußen kein Geld da ist, leidet das Schicksal der Berliner Sternwarte in Preußen. In einem baufälligen, gänzlich unzureichenden Gebäude im Reptorien Park muß dieses wissenschaftliche Institut, das schon vielen Hunderttausenden Belehrung und Genuß verschafft, seinen wichtigen Arbeiten obliegen, eine solche Bibliothek nebst Apparaten aufzubewahren. Geld für einen zweckentsprechenden Neubau hat weder der Staat, noch die Kommune, noch sonst jemand übrig. Lumpige 250 000 sind dazu nötig, das Institut aus seiner armen Verlegenheit zu befreien, bis jetzt hat aber von Privatleuten erst 90 000 aufgebracht, während die Stadt Berlin damit begnügt, die vierprozentige Verzinsung eines Kapitals von 100 000 zu garantieren. Nunmehr hat sich der Direktor der Sternwarte an die freien Gewerkschaften gewandt und ihnen den Vorschlag gemacht, diese möchten gegen Überzahlung von 100 000 Doppelbilletts die Summe von 80 000 für die Zwecke eines Neubaus bemitteln. Da die organisierte Arbeiterklasse von jeher ein festes Kontingent an den regelmäßigen Besuchern der Sternwarte stellte und ein großes Interesse an dem gesicherten Weiterbestehen dieses Instituts hat, wird der Vorschlag von ihr sicherlich angenommen werden, und es wird dann endlich möglich sein, mit Hilfe des Geldes der Arbeiter zu einem wirksamen Neubau für die Berliner Sternwarte zu gelangen.“

Eine größere Schmach ist dem preussischen Staat samt der „freisinnigen“ Verwaltung seiner Hauptstadt noch nicht zu teil geworden. Für ein Institut, um dessen wissenschaftlichen Wert und die ganze Welt beneidet, hat der Staat der Klassen von „Bildung und Besitz“ kein Geld übrig. Die Wissenschaft muß zu den Arbeitern kommen, zu den Wahlen, die nach der heute geltenden Ansicht noch zu „unrein“ sind, als daß ihnen die vollen politischen Rechte, die dafür aber jeder Bürenwirt hat, anvertraut werden könnten. So ist es recht!

Parteilichkeit und Antisozialismus. Unter dieser Ueberführung wissen bürgerliche Blätter ihren Lesern etwas recht „Erbauliches“ und „Belehrendes“ mitzuteilen. Der Verbandstag der freien Gewerkschaften Deutschlands, der kürzlich stattgefunden, nahm zur Antisozialbewegung Stellung in einer Resolution, in der es heißt: „Der Verbandstag hält sozialistische Verfassungen über die schädlichen Wirkungen des übermäßigen Alkoholgenusses für geboten, protestiert aber zugleich gegen einseitiges Ablehnen der teils übertriebenen, teils aber auch der berechtigten Forderungen der Arbeiterbewegung, die alle Elend, alle menschlichen Gebrechen und Unvollkommenheiten und sogar die Degeneration der Arbeiterklasse aus dem Schnaps- und Biergenuss herleiten und damit abschließend und unabschließend den Wuchhabern und Besitzenden alle Verantwortung für die Not und elende Lage des eigentlichen Volkes abnehmen.“

Dieser Beschluß muß der bürgerlichen Presse natürlich dazu dienen, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Die Gewerkschaften sind natürlich „Partei-bildner“, die „roten“ Sozialisten. Sichtlich bemerkt die „Germania“, daß sie ganz zielbewußt sind, wenigstens was ihren Geldbeutel angeht! Und die „Nationalzeitung“ schreibt:

„Das ist doch Geschäftssozialismus in optima forma. Wir glauben aber nicht, daß die Herren es nötig gehabt hätten, sich so aufzuregen; der Parteitag wird ihnen schon nichts tun, oder sich höchstens zu einer seiner bekannten vieldeutigen Resolutionen aufhängen. Niemand schneidet sich gern ins eigene Fleisch, und die Einsetzung als Parteibildner bedeutet doch für so manchen Hoffungsvollen Gewissen, der es in seinem eigentlichen Beruf nicht recht zu etwas bringen kann, den letzten Ausweg, den sich niemand durch eine energiegeladene Propaganda gegen den Alkohol abschneiden möchte.“

Es verlohnt sich wohl, diese ebenso dummen wie geistigen Bemerkungen niedriger zu hängen. Andere Organisationen der Gewerkschaften, die sich „guter Gesinnung“ rühmen und streng anti-sozialdemokratisch gebärden, haben auch, und zwar schon merkwürdig oft, Stellung gegen die Anti-Alkoholbewegung genommen, gemeint sehr schärf. Ihre Ausführungen lassen allerdings die spezielle Verurteilung auf die Arbeiterklasse verweisen. Was die freien Gewerkschaften in diesem Punkte sagen, ist nicht unbegründet. Wir selbst haben uns ja auch schon in diesem Sinne ausgesprochen, und zwar unter entschiedener Verurteilung des übermäßigen und unzeitigen Genußes geistiger Getränke. Wenn nach der Behauptung der bürgerlichen Blätter die freien Gewerkschaften die „Partei-bildner“ der Sozialdemokratie sind, dann dürfte es auch nicht gestattet sein, die „guten“ Gewerkschaften als „Partei-bildner“ der sog. besseren und besten Gesellschaft zu bezeichnen. Es mag sein, daß sie und da ein freier Gewerkschaft in Geschäftssozialismus macht. Aber was will das belagern gegenüber der Tatsache, daß ohne Zweifel der größte Teil ihrer nichttrinken Kollegen einem unlagbar niedrigen Geschäftssozialismus huldigt! Der freie Gewerkschaft, mag er gleich kein überzeugter Sozialdemokrat sein, verweigern den Mut, Sozialdemokraten als solche bei sich aufzunehmen, ihnen keine Solidarität zur Verfügung zu stellen. Ihre Kollegen anderer Sorte nehmen zwar auch gar gern das Geld der Sozialdemokraten, denn das ist ja nicht rot und verleiht keine Ehre nicht; aber wenn es sich darum handelt, sozialdemokratische Arbeiter als Verhandlungspartner bei sich aufzunehmen, dann freiden die hochbetragenden Herren aus Geschäftsinteresse vor der Polizei und den Militärbehörden ins Wasser. Und würde man unter solchen Umständen diesen Herren es in ihrem eigentlichen Beruf zu nichts bringen konnten und deshalb Gewerkschaften werden, so würde sich wohl zeigen, daß die Masse der freien Gewerkschaften ihnen gegenüber auch in diesem Punkte nach mit Ehren bestehen kann. Jedemfalls hat kein sozialdemokratischer Parteibildner etwas gemein mit den höchst bedeutenden Elementen, die in der Arbeiterbewegung, Spielhöllen, verheißt und offene Vorhalle halten, die von der goldenen Jugend und vom konstanten Bürgertum frequentiert werden. Wie wäre, wenn die bürgerliche Presse diesen elchhaften Alkoholwangen mal eine Epistel hätte schicken dürfen?

Die Wünsche der Hausbesitzervereine, die auf deren Generalversammlung in Hamburg laut geworden sind, zeigen wieder einmal, mit welcher Rücksichtslosigkeit diese Organisationen den wirtschaftlichen Fortschritt überall da bekämpfen, wo er den Sonderinteressen der Haus- und Grundbesitzer nicht entspricht. So gab die Generalversammlung dem Wunsch Ausdruck, die durch industrielle und kommerzielle Hochkonjunktur geförderte „ungezügelter“ und „freie“ Bautätigkeit dadurch einzuschränken, daß eine Regelung nach dem Bedarf erfolgen, d. h. die private Bautätigkeit zu Gunsten der bürgerlichen Besitzer an befriedigender Genehmigung gebunden werde.

Dieser Vorschlag geht darauf hinaus, auf Kosten der Allgemeinheit den Hausbesitzern ein Monopol unter natürlichen Schutz zu bieten. Dieser ist von allen verfügbaren Sozialpolitikern eine Ausdehnung der staatlichen Befugnisse gefordert worden, die dazu dienen soll, die Gebote der Hygiene und der Gesundheit im Wohnungswesen zur Geltung zu bringen. Die Forderung der Hausbesitzervereine aber kommt zu dem entgegen gesetzten Standpunkte, zur Ausschließung der Konkurrenz eines materieller Stärkung der augenblicklich existierenden Hausbesitzer nach der Ansicht der Regierung zu kosten. In gleichen Gebankengängen bewegen sich die Ausführungen über die verwerfliche Kommunalpolitik, die durch unzeitige Einzelneilung von Vororten und ausgedehntem Ausbau der Straßenbahnenverbindungen die Vermehrung leerstehender Wohnungen begünstigt.

Ein nationalliberales Blatt, der „Sannoversche Courier“, bemerkt dazu:

Da die Neubauten in den leicht erreichbaren Vororten mit allen modernen Einrichtungen versehen seien, träte ein Einfluß der Witten in den inneren Stadtteilen mit ihren weniger dezidierten und hübschen Wohnungen ein. Unter keinen Umständen vermag man einzuführen, wie dieser natürlichen Abwanderung Grenzen gesetzt werden sollen, wenn nicht zu gleicher Zeit die alten und minderwertigen Wohnungen auf den Stand der neuen gebracht werden. Aber abgesehen davon akzeptiert das Geschäftsleben ohne weiteres in den Großstädten den früher zu Wohnzwecken benutzten Raum. Ein Einfluß des Grundwertes an sich ist damit durchaus nicht verbunden. Daß aber auch für die neuen Bauland an Stelle längst amortisierter Gebäude neue errichtet werden müssen, das wird sich freilich nicht vermeiden lassen.

Die Hausagrarien verstehen sich schon auf ihren Vorteil. Mag das allgemeine Interesse noch so sehr darunter leiden; sie machen unter allen Umständen ihre Sonderinteressen geltend, woraus sich ja übrigens auch sehr erhebliche Schädigungen des Baugewerbes ergeben.

„Zweiter deutscher Arbeiterkongress.“ Was ist das für eine Veranstaltung? Bekanntlich hielten die christlichen Gewerkschaften im Oktober 1906 einen sogenannten deutschen Arbeiterkongress ab. Zwar war dort nur ein kleiner Bruchteil deutscher Arbeiter vertreten, aber das macht nichts, die Viehhebebezeichnung: „Deutscher Arbeiterkongress“ wurde doch gebracht. Jetzt nun ist von derselben Seite der „Zweite deutsche Arbeiterkongress“ zum 20., 21. und 22. Oktober d. J. nach Berlin einberufen worden. Wie wird aus der betreffenden Ankündigung zu sehen, sind eingeladen außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Geflügel, Bediensteten und Angehörigen, die auf dem Gebiete christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundsätze anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben. Die Verhandlungen finden in den Germania-Hallen zu Berlin N. Chausseestrasse 103, statt. Zur Beratung stehen folgende Punkte: 1. Bericht des Ausschusses (Verichterstatter Franz Behrens-Hen). 2. Die allgemeine sozialpolitische Lage (Verichterstatter Adam Stegmann-Gölln). a) Die Sonntagsgesetze (Verichterstatter Richard Böding-Gamburg); b) Arbeiterjugend in der gesundheitsgefährlichen und schweren Industrie (Verichterstatter Franz Wieber-Duisburg); c) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Verichterstatter Franz Wieber-Duisburg-Gölln); d) Die Arbeiterinnenfrage (Verichterstatterin Frauentein Groß-Münden-Oldenburg). — Es soll dem Kongress vorgelegt werden, als Punkt e etwa noch einen Bericht über die dem Reichstag vorliegenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen.

Daß das ganze Unternehmen, genau so wie das erste, nur den Zweck hat, den herrschenden Gewalten und Parteien die gute, ordnungspolitische Gesinnung der christlichen Gewerkschaften zu demonstrieren, ist offenbar. Aber es könnte sich auch jetzt wieder ereignen, wie vor vier Jahren, daß einzelne Reformer aus der Rolle fallen und Dinge sagen, die den Herren Ordnungspolitikern höherer Art nicht gefallen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrungen, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zurück von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Mauerer:

Hannoversche: Kirchenwärder (Streik), Ochsenwärder (Sperrungen über Blocken, Neben in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein: Kellinghusen-Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling (Streiks), Bordschloß, Voerde (Differenzen), Reinhold (Sperrungen über E. Haeger);

Mecklenburg: Silze (Sperrungen über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperrungen über Thielke), Gielow (Sperrungen über Korf);

Brandenburg: Berlin und Vororte (Differenzen), Kalkberge-Rüdersdorf, Hennikendorf-Herzfelde, Hirschgarden (Streiks), Mittenwalde (Sperrungen über Rohfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gallun);

Pommern: Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrungen über Paspa), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperrungen über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreußen: Zoppot (Streik), Marienwarder (Differenzen), Konitz (Sperrungen über Hermann), Sensburg (Sperrungen über Rehse), Memel (Sperrungen über Richtmeier und Schmidt);

Posen — Schlesien: Schwesenz (Streik), Sohndemühl (Differenzen), Muskau (Sperrungen über Stützengel und Lau), Ellrich (Sperrungen über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Neusalzbrunn (Sperrungen über Taster);

Königreich Sachsen: Leipzig (gosperrt sind die Firmen Marian & Kanze, Bahnhofsbauteil, M. Steykal in Möckern, Sohrstrasse, Alfred Kirchner in L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Otto Ange, Ecke der Elisen- und Pichtrasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse, Hermann Kögel in L.-Gohlis, Landsbergerstr. 14, Arthur Schulze in Wahren, Ecke der Hallischen- und Bahnhofstrasse, Fr. Probst & Co., L. Gutsch, Spinnereistrasse, Schneberg (Sperrungen über G. Hechel in Schneberg, Lahn in Aua, Bau liegt in Niederschlema, und über den Fabrikneubau in Oberschlema, Unternehmer Sander), Weissen (Sperrungen über Teicherts Ofenfabrik), Mälsen (mehrere Sperrungen), Ans (Sperrungen über Ritsch in Lösnitz);

Thüringen: Jena (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt: Erfurt, Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Quedlinburg (Sperrungen über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Föhr);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe: Syring, Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks), Cello (Aussperrung), Seesen (Sperrungen über Biel), Salzgitter (Sperrungen über Honnerbach), Fallingbommel (Sperrungen über Bostelmann);

Westfalen: Hagen (mehrere Sperrungen);

Rheinland: Greif, Dellbrück (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperrungen über die Kolonienbau von Gebr. Meier);

Hessen und Waldeck: Willenden, Allendorf a. d. Werra, Gernsheim (Streiks), Rüdelsheim-Gelsenheim (verschiedene Sperrungen), Rüsselsheim (Sperrungen über Heine Volk);

Elsass-Lothringen: Hagenau (Streik);

Baden-Pfalz: Offenbürg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperrungen über den Schulneubau);

Württemberg: Ludwigsburg (Sperrungen über Schell);

Bayern: Plattling (Streik), Selb (Sperrungen über Jäger & Wörner), Freilassing (Sperrungen über Wannersdorf und Gerbi);

Friesenleger: Barmen-Elberfeld (Sperrungen über die Zwischenunternehmer Jeschowsky und Rummenhölle, Gelsenkirchen (Sperrungen über Lehmkuhl & Borchard);

Schweiz: Basel, Bern, Bülach, Laoben-Siebenen (Streiks);

Oesterreich: Aussig, Leitomschitz, Linz, Mährisch-Weiskirchen, Mürzschlag, Tachau (Streiks).

Arbeitslosigkeit ist für 40 Kollegen auf dem Rastplatz Schreiba bei Buxrow i. Hann.

Berlin.

Ueber den Stand der Dinge selbst läßt sich zur Zeit nichts Neues von Bedeutung berichten. Die Streikenden werden inzwischen zum größten Teil in Arbeit sein, während von denen die gleich auf die erste Nachricht von der Forderung der Kasse zurückkehrten, noch sehr viele arbeitslos sind. Die Unternehmer machen bei der Annahme von Arbeitern, getreu einer Parole ihrer Organisation, einige Schwierigkeiten. Der „Verband der Baugeschäfte“ hat ein Rundschreiben an seine Mitglieder erlassen, worin er es diesen zur Pflicht macht, die neunhündig Arbeitszeit innezuhalten und nicht mehr als 75 3 Stundenlohn zu zahlen; er hat also wohl Befürchtungen, daß die Unternehmer in ihrer Freude darüber, wieder ordentliche Arbeitskräfte zu bekommen, den Forderungen der Arbeiter doch entgegenkommen könnten. Weiter muß nach diesem Rundschreiben, da kein Tarifvertrag besteht, jeder Arbeitnehmer wie bisher vor seiner Einstellung die Arbeitsbedingungen des Verbandes der Baugeschäfte unterschreiben; dieselben sind sofort mit dem Firmenstempel versehen, unserem Geschäftsamt zuzusenden, welches umgehend die Arbeitserlaubnis ausstellen wird. Ohne Arbeitserlaubnis darf kein Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Zur „Ehrenpflicht“ jedes Verbandsmitgliedes wird es gemacht, die Arbeitswilligen, welche bisher bei ihm in Arbeit standen, nicht zu entlassen. Beschäftigten Sie, in nächster Zeit größere Kolonnen von Arbeitnehmern einzustellen, so bitten wir Sie, dies dem Geschäftsamt anzuzeigen, da die bereits in anderen Städten und im Auslande angeworbenen Arbeitskräfte, welche demnächst eintreffen, vor allen übrigen Arbeitnehmern zuerst eingestellt werden müssen.

Dann wird noch auf die „Vorteile der Alfordarbeit“ hingewiesen und gewünscht, daß die Wohnbauten möglichst nur von Alfordmauern ausgeführt werden. Auch bei den Zimmerarbeiten solle der Alford bevorzugt werden. Jedemfalls sollen die Zimmermeister selber in Alford arbeiten, denn Gesellen werden sich wohl dazu nicht finden. Einen allzu plumpen Trick versuchte der B. d. B., indem er an den Anschlagzäunen verhängen ließ, daß Arbeiterereignisse nur bis zum 24. August vorgenommen würden, nachher sei es damit für dies Jahr vorbei. Was er damit bezwecken wollte, ist recht klar: er wollte veranlassen, daß nun sofort alle abgereizten Berliner Kollegen in besten Glauben zurückkommen, um dadurch ein Überangebot von Arbeitskräften herbeizuführen, was natürlich die Position der Arbeiter sehr verschlechtern würde. Die Kollegen dürfen sich durch diesen Wumpis nicht irre führen lassen! Es ist einfach ausgeschlossen, daß die Unternehmer dies Vorhaben, nach dem 24. August keine Maurer mehr einzustellen, durchzuführen können.

Für den Bezug nach Berlin gelten folgende Normen:

Berliner Kollegen, die Auswärts in Arbeit stehen, bleiben nach einige Wochen, wo sie sind. Sie werden entweder durch den „Grundstein“ oder durch die Vereinsleitung in Berlin näheren Bescheid erhalten, wann ihre Rückkehr ohne Schaden für die Bewegung erfolgen kann.

Jeder andere Bezug aber muß mit äußerster Strenge ferngehalten werden. Ganz besonders gilt das von den Transparenzen, die nach den freilich sehr ungläubigen Erklärungen der Unternehmer noch unterwegs sind.

Die Berliner Buhler haben nun gleichfalls ihre Taktik geändert. In einer Versammlung am 13. August beschlossen sie nach einem Referat des Kollegen Köhn über die gegenwärtige Lage folgende Resolution:

„Die Versammlung der Section der Buhler nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der Bewegung im Baugewerbe und die Versammelten erklären, daß sie sich vollauf bemühen, in dem Kampfe ihre Schuldigkeit getan zu haben; sie sehen die Notwendigkeit ein, daß die bisherige Kampfweise von den Mauern und Bauarbeitern in andere Bahnen gelenkt werde. Es wird beschlossen, daß es auch unseren Kollegen gestattet sei, auf den Bauten Arbeiten anzunehmen, wo die Forderungen der Beteiligten

Gruppen nicht bewilligt sind. Ferner wird beschlossen, daß unsere Kollegen, welche arbeitslos geworden sind, sich von morgen, den 14. August, ab täglich einmal in ihren Kontrollstellen zu melden haben, und daß die Unterstützung vorläufig noch fortbesteht, bis eine demnächst eintreffende Besammlung endgültig darüber entscheidet.

Ueber die letzte Baulenkontrollen machte der Vorsitzende Schütz folgende spezielle Angaben für die Puffer:

Am 7. August wurden kontrolliert 171 Bauten:	
Gearbeitet wurde auf	141 Bauten
Die Arbeit ruhte auf	18 "
Zum Ansagen waren fertig	12 "
Zusammen 171 Bauten	
Angetroffen wurden	786 Außenpuffer
	925 Innenpuffer
Kontrolliert wurden	1711 Puffer

Zur Streikkontrolle meldeten sich am 7. August 877 Puffer, das ergibt zusammen 2588 Puffer für Große Berlin. Am Sonnabend, den 10. August, meldeten sich 895 Puffer, am Montag, den 12. August, dagegen nur 835 Puffer in den 12 Kontrollstellen.

Der Vollständigkeit halber sei hier auch die Resolution abgedruckt, die in der Generalversammlung des V. d. B. am 14. August angenommen wurde: Wir lassen sie ohne Kommentar folgen und verweisen im übrigen auf den Zeitungsartikel dieser Nummer.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten eröfnete in der bedingungslosen Aufhebung des Streiks seitens der Arbeitnehmerorganisationen das Geständnis ihrer vollständigen Niederlage, die auch nach außen hin durch die Fallhöhe gekennzeichnet wird, daß die Arbeitnehmer sich in großen Scharen zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den im Verbandsaufgestellten Bedingungen drängen. Sie sieht den für die Folge angeordneten Einzelstreiken und der Wiederaufnahme des Kampfes im nächsten Frühjahr mit größter Ruhe entgegen im Vertrauen auf die erworbene Stärke des Verbandes, die Solidarität seiner Mitglieder, die sich in dem verflochtenen Kampfe auf das glänzendste bewährt hat, und im Hinblick auf die zur Abwehr getroffenen Maßnahmen. Die Versammlung macht es allen Mitgliedern zur vornehmsten Pflicht, die bisherigen Arbeitswilligen auch weiterhin zu beschäftigen und jedem Versuch, der organisierten Arbeitnehmer, dieselben zu belästigen und aus der Arbeit zu drängen, mit aller Energie entgegenzutreten und ihn sofort der Verbandsleitung bekannt zu geben. Sie verpflichtet ferner die Mitglieder zur strengsten Innehaltung der vom Verbandsaufgestellten Arbeitsbedingungen, vornehmlich zur Innehaltung der alten Arbeitszeit und Lohnsätze. Die Versammlung erwartet bestimmt, daß diejenigen Baugeschäfte, die unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen waren, die Forderungen der Arbeitnehmer anerkennen, sich diesem Zwange nimmermehr halbherzig entziehen werden und sagen ihnen hierbei die weitestgehende Unterstützung des Verbandes zu. Sie geben schließlich über den Ausgang des Kampfes ihren vollen Friedeigungs Ausdruck und sprechen dem Vorstande, der Geschäftsführung und allen im Kampfe besonders tätig gewesenenen Kollegen ihren tief empfundenen Dank für die aufopfernde, erfolgreiche Tätigkeit aus.

Gau Cöln. Der Streik in Aachen ist am 19. August durch Abschlus eines Tarifvertrages beendet worden. Auf die Handlungsweise der Christlichen beim Abschlus des Vertrages werden wir nächstens zurückkommen. Für heute sei nur bemerkt, daß der Lohn je nach der individuellen Leistungsfähigkeit 43 bis 47 % betragen soll. Wir haben die Unterchrift, weil wir nicht zu den Verträgen zugezogen wurden und der Erfolg zu gering ist, abgelehnt; wir werden also ohne Tarif die Arbeit aufnehmen und uns für die kommende Zeit die Hände freihalten.

Gau Danzig. In Stolz sind unsere Kollegen nach 20wöchiger Aussperrung zu den alten Bedingungen wieder in Arbeit getreten. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Unternehmer durch die Aussperrung nicht erreicht haben. Unsere Kollegen wurden demnach deshalb ausgesperrt, weil sie einen von den Unternehmern ausgearbeiteten Vertrag, der Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen anstrebte, nicht unterschreiben wollten. Die Situation war während der Aussperrung den Unternehmern günstig. Es war sehr wenig Arbeit am Ort. Mit Hilfe von 18 „Rechtschützern“, die Mitglieder des hiesigen Arbeitervereins (ein Rest des alten Gewerks) sind, und etwa 80 Lehrlingen haben die Unternehmer die notwendigen Arbeiten fertiggestellt. Unsere Kollegen haben sich während der Aussperrung tapfer gehalten. Allerdings sind von den 200 Aussperrten in den letzten Wochen 18 Mann, zum Teil unterbezahlte, abgegangen. Diese haben denn auch durch ihr Verhalten zu uns die Situation noch verschlechtert. Die Unternehmer haben aber auch alles daran gesetzt, um unsere Kollegen auf das schwerste zu schädigen und die Organisation zu zerstören. Die Kollegen arbeiteten zum größten Teil in der Umgebung von Stolz, auf dem Baude. Die Unternehmer teilten da von Ort zu Ort und waren bestrebt, unsere Kollegen aus der Arbeit zu bringen. Einige Proben, wie die Unternehmer hierbei zu Werke gingen, haben wir ja bereits in „Grundstein“ besprochen. Vor allen Dingen waren die Herren bestrebt, die Aussperrten allerorts aus der Arbeit zu bringen, um dadurch die Streikflaute zu belächeln. Hatte doch einer von ihnen vor der Aussperrung gesagt, in diesem Jahre muß den Maurern die Aussperrung 600000 kosten. Mit Verlaß, ihr Herren. Wir werden noch zehn solchen Aussperrungen standhalten, bevor diese Summe erreicht sein wird. Dabei erlauben wir uns zu sagen, daß den Unternehmern die „Ruff“ noch eher ausgehen wird als dem Zentralverband der Maurer. Gewiß sind in Stolz einige Herren, denen die Aussperrung nicht viel geschadet hat. Daneben dürfte es sich aber der größte Teil der Unternehmer überlegen, ob es nicht bald an der Zeit ist, diesen Scharfmachern die Solidarität zu kühlen und mit den Gesellen Frieden zu schließen. Wir haben die Gewißheit, daß auch in Stolz ein Teil der Unternehmer geneigt ist, Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich so zu regeln, daß beide Parteien zu ihrem Recht kommen. Wie lange noch der schädliche Einfluß der Scharfmacher ausreichen wird, läßt sich nicht voraussagen.

Doch es aber für das Baugewerbe in Stolz nicht eher den notwendigen Frieden geben wird, bevor nicht der feindliche Einfluß gebrochen ist, dessen wir uns sicher. Wenn die Herren glauben, jetzt vollständig Herren der Situation zu sein, so wird ihnen die Zukunft etwas anderes zeigen. Bereits in diesem Herbst, bestimmt aber im nächsten Jahre, wird die Arbeitslosigkeit hier gut werden. Dadurch, daß im Jahre 1906 die Bauarbeiter, im Jahre 1906 die Zimmerer wegen geringfügiger Forderungen wochenlang streiken mußten, und durch die 20wöchige Aussperrung der Maurer in diesem Jahre, sind die Arbeiten naturgemäß aufgeschoben und es ist nur das Nötigste fertiggestellt worden. War es den Scharfmachern bis jetzt möglich, diesen Zustand aufrecht zu erhalten, so dürfte es sich aber bald herausstellen, daß die Verhältnisse härter sind als der Einfluß einiger Scharfmacher im Stölper Baugewerbe. Kommt also in Zukunft nicht nur allein die normale, sondern eine erhöhte Bau-tätigkeit in Gang, dann dürfte für die Arbeiterkraft im Baugewerbe der Zeitpunkt gekommen sein, mit diesen Herren die alte Rechnung zu begleichen. Die Stölper Kollegen, soweit sie jetzt noch in der Fremde weilen, möchten wir erlösen, bis auf weiteres an diesen Plätzen zu bleiben. Augenblicklich ist es nicht ratsam, nach hier zu kommen. Infolge der durch die Aussperrung geschaffenen Situation ist es vorläufig nicht möglich, alle Kollegen in Arbeit zu bringen. Auch die jetzt noch beobachteten Maßnahmen der Unternehmer lassen es ratsam erscheinen, den Ort noch zu meiden. Die Herren haben sich auch jetzt noch in den Besätzen brennen, einen Vertrag nach ihrem Geschmack zu schließen. Der uns unterbreitete Entwurf ist auf drei Jahre berechnet, es soll uns, (ach, wie großmütig!) jedes Jahr 1 % Lohnerhöhung zugesprochen werden. Das Ding ist für uns unannehmbar. Um Dummheit einzufangen, hat man an Orte die „Mär“ verbreitet, Scheit und Freßlich hätten den Willkür unterworfen. Das ist Unsinn und daneben auch noch recht gemein gelogen. Gewiß sind wir gewillt, sobald es die Unternehmer wünschen, den Frieden zu schließen, aber nur unter der Bedingung, daß beide Parteien zu ihrem Recht kommen.

Gau Erikt. Der Streik in Erfurt ist aufgehoben worden. Am 18. August ward dieser Beschluß mit 881 gegen 105 Stimmen gefaßt. Nähere Angaben können erst in der nächsten Nummer gemacht werden, doch sei jetzt schon mitgeteilt, daß ein Abkommen mit den Unternehmern nicht getroffen worden ist.

An die auswärts arbeitenden Erfurter Kollegen richten wir die dringende Aufforderung, ruhig noch an ihrem gegenwärtigen Arbeitsorte zu bleiben, bis der Zug von hier aus freigegeben wird. Kollegen! Wir erwarten strengste Befolgung dieser Mahnung! Saluti Disziplin bis zur letzten Minute!

Gau Frankfurt a. M. In Rüsselsheim haben unsere Kollegen am 7. August ihren Unternehmern Forderungen unterbreitet: Einhaltung der zehnjährigen Arbeitszeit, Verringerung legaler Überstunden, Festsetzung eines Minimallohns von 50 % pro Stunde, wöchentliche Lohnzahlung vor Feierabend, auf der Arbeitsstelle, Ausschluß der Mordarbeit. In Frage kommen sieben Baunternnehmer, die zusammen zwei Poliere, 63 Maurer, 17 Tagelöhner und 12 Lehrlinge beschäftigen. Von den 63 Maurern gehören 47 dem Zentralverband an. Stundenlöhne erhalten: 1 Gelelle 35 %, 2: 36 %, 3: 40 %, 1: 42 %, 5: 45 %, 2: 46 %, 3: 48 %, 7: 50 %; die Poliere erhalten 60 %. Die Forderungen haben vier Unternehmer schriftlich anerkannt. Der Vertrag gilt bis zum 1. April 1909. Es kommen noch drei Unternehmer in Betracht, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Versammlung am 16. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volk niederzulegen. Von einer Sperre der dann noch außerhalb des Abkommens lebenden zwei Unternehmer, Adam Hohenheim und Johannes Hohenheim, wurde vorläufig abgesehen. Johannes Hohenheim hat gegenwärtig keine Arbeit und bei Adam Hohenheim arbeiten die Maurer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Maurer bei Hohenheim einsehen lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 35 % bis zu 48 % gezahlt.

Gau Götting. Der Streik in Muckau hat sich infolgedessen erledigt, indem drei Baugeschäfte und zwar die von Hebestreit & Kühl, Wollschlag und Glöna einen Stundenlohn von 42 % und die zehnjährige Arbeitszeit anerkannten. Die Arbeit wurde bei den genannten Firmen am 12. August wieder aufgenommen. Dagegen haben die Baugeschäfte Eißnagel und Lay noch nicht anerkannt, bleiben also bis auf weiteres gesperrt. Darum ist Zug nach diesen beiden Baugeschäften auch fernerhin ferngehalten.

In Wauken, bei Baumeister Stübgen am Rasenrennbau, hatte sich der Polier Gebauer, angeblich aus Dresden, bei den Gesellen derartig mißlieblich gemacht, daß sie nicht mehr länger mit ihm zusammen arbeiten wollten; sie stellten deshalb am 12. August, Mittags, die Arbeit mit 44 Mann ein, auch nicht einer blieb am Plage. Bei der darauf folgenden Unterhandlung mit dem Baumeister betonte dieser, daß es ihm als Unternehmer freistehen müsse, Gesellen oder Poliere einzustellen oder zu entlassen, wie er es im Interesse des Geschäftes für zweckmäßig erachte. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Aber wenn es offensichtlich feststeht, daß unsere älteren Kollegen und sonstige „mißliebliche Elemente“ einer nach dem anderen so nach und nach hinausgeschoben werden und an deren Stelle fremde Mordmaurer treten sollen, dann wird das von der Gesellschaft als eine Maßnahme aufgefaßt, gegen die sie sich wehren muß. Am zweiten Streiktag hatte sich auch der Herr Baumeister die Sache überlegt und meinte persönlich dem Vertreter der Kollegen, daß er den Polier entlassen habe. Daraufhin wurde die Arbeit am 14. August, Mittags, im ganzen Umfang wieder aufgenommen.

Gau Hamburg. Die Sperren über die Marinebauern in Sondernburg sind aufgehoben worden, nachdem sich beide Firmen verpflichtet haben, 60 % Stundenlohn bei zehnjähriger Arbeitszeit zu zahlen. Beide Firmen haben sich außerdem verpflichtet, im nächsten Jahre mit uns zu verhandeln, und zwar ohne auf die anderen Unternehmer in Sondernburg Rücksicht zu nehmen. Diese letzteren sind natürlich nicht erbaud darüber, daß an der Marinebauern 7 % mehr Lohn gezahlt werden als sonst am Ort. Unser Tarif läuft im April des nächsten Jahres ab; lassen sich die Unternehmer zu Zu-

gehandbissen herbei, so werden sie auch schädliche Kräfte in genügender Zahl erhalten. Hoffentlich sehen sie das ein.

Gau Hannover. Die Aussperrung der Bauhandwerker in Celle dauert unverändert fort. Die Meister sollen den Bauern erklärt haben, vor Ostern nächsten Jahres sei nicht daran zu denken, die Aussperrung aus der Arbeit zu schaffen. Auf Grund dieser Erklärung müssen die Arbeiter nun eine andere Taktik ergreifen; sie haben in einer kombinierten Versammlung der Bauhandwerker beschlossen, die Meister ausschalten und da, wo ihnen Arbeitsgelegenheit geboten wird, die Arbeit aufzunehmen, nachdem die Bauherren bei der Streiteileitung vortheilhaft geworden sind. Die Ausgesperrten glauben, dadurch die Meister an der empfindlichsten Stelle, das heißt an ihrem Geldbeutel, zu treffen. Sie fordern deshalb die abgetretene Kollegen hiermit auf, ruhig auszuhalten, bis nähere Mitteilung gemacht wird.

Der von den Kollegen geleitete Maurermeister Hübnerbach in Salzgitter macht die verzeihlichen Anmerkungen, um Maurer zu bekommen. In allen Röhrenblättern, sogenannten unparteiischen und unter Protektion des Landrats stehenden Zeitungen, sucht er unorganisierte Maurer. Am vorletzten Montag kam man schon weils erwähnt, aber „leider“ vergeblich, trotz Genarmenaufrufs. Der Lohn, den Herr H. zahlen will, gibt er nicht mit an, nur „bäuernde Beschäftigung“ verpflichtet er dem, der als Unorganisierte bei ihm arbeiten will. Hätte der meiste Mann den Lohn dabei geschrieben, den er zahlt, würde auch jeder unorganisierte Maurer lachen, den er Arbeitgeber, und noch in dem Soolbad Salzgitter, wo die Löhnsverhältnisse teuer sind, 32 % Stundenlohn zahlt. Wir möchten nur dem Herrn raten, sich bald mit seinen Gesellen zu einigen, sonst könnte unter Umständen noch eine Lohnforderung hinzukommen.

In Hornburg, Bezirk Magdeburg, haben die Kollegen seit Mitte Juli eine Lohnerhöhung von 3 % zu verzeichnen. Der Lohn, der im Durchschnitt vorher 32 % betrug, ist von den Unternehmern auf 35 % erhöht worden. Da in den unliegendsten Lohnbeständen durchweg 36 und 37 % Lohn bezahlt werden, macht sich eine Abwanderung nach diesen Orten bemerkbar, und um diese aufzuhalten, müssen die Hornburger Unternehmern sich eben bequemen, zuzuliegen. Leider läßt sich wohl für unsere Kollegen keine Lohnbewegung durchführen. Wenn man aber bedenkt, daß nur ein kleiner Teil der Kollegen organisiert ist, so sind auch solche Lohnbewegungen verhältnißmäßig, aber zur besonderen Ehre der dortigen Kollegen rechnen sie nicht. Hoffentlich wird es in dieser Hinsicht dort besser. In Betracht kommen zwei Unternehmer und 78 Kollegen.

Gau Leipzig. Der Streik in Riesa ist in mehrer beendigt. Die aufgesehene Forderung ist von allen Unternehmern, mit Ausnahme des Unternehmers Götschel in Riesa, der dort bewilligt worden. Ueber den letzteren wurde die Sperre verhängt.

Gau Magdeburg. Von Duedlinburg wird geschrieben: Die Sperre über die Kesselsbauern des Unternehmers M. v. D. v. Focher besteht unverändert fort. Focher, der es ablehnt, mit dem Vorstand des Zweigvereins zu unterhandeln, verliert uns durch Zusendung einer Lohnabelle zu überlegen, daß ihm Unrecht geschieht. Obwohl der am 1. Juni d. J. in Kraft getretene Kontrakt für jeden Arbeiter einen Lohn von 40—48 % Stundenlohn vorsieht, kann Herr v. D. Focher nicht einen einzigen Arbeiter aufweisen, der 43 % erhält. Von 47 auf der Tabelle aufgeführten Kollegen erhielten 1 Kollege 42 %, 2 41 %, 34 40 %, 3 39 %, 1 37 %, 2 35 %, 1 33 %, 8 28 %. Das Herr v. D. Focher angestrichen, dieser Lohnabnahme bewußt will es geschähe ihm Unrecht, verheißt er, was. Inzwischen hat sich denn auch der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hiesigen Orts der Sache angenommen. In einem zweiten Schreiben vom 16. August macht er uns nochmals darauf aufmerksam, daß unser Verhalten der Firma M. v. D. Focher gegenüber nach dem bestehenden Vertrage durchaus nicht gerechtfertigt ist und fordert nochmals Aufhebung der Sperre. Das „Foren“ ist denn auch alles, was der Arbeitgeberverband unternehmen kann, denn alle Unternehmer des Arbeitgeberverbandes, ganze 4 sind es, sind an den Kesselsbauern zu fast gleichen Teilen beteiligt, und da, wie verstanden, die Arbeiter bis zum November nächstens sein müssen, so ist guter Rat teuer. Doch Mut macht erfindlich. Die Unternehmer, die fast alle die Tage in den angrenzenden Kreisen durch Zeitungsinerale 200 Maurer und Bauhilfsarbeiter suchen, lassen sich zu helfen. Sie nehmen jetzt massenhafte Entstellungen von Maurern vor und hoffen, die so plötzlich aus Riesa gemorrenen Kollegen Herrn v. D. Focher aufzuleben zu können. Soll dieser Plan der Unternehmer vereitelt werden, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, Duedlinburg zu meiden. Es bedarf nicht des Beweises, daß alle Unternehmern mit allgemeiner Ausnahme Focher mit Maurern überfüllt. Das beweist auch der Lufstand, daß bei einem nicht an der Kessels beteiligten Unternehmer an einem Tage der vorigen Woche nicht weniger als 20 Maurer vergebens um Arbeit antraten. Alle Gesuche nach Maurern in den bürgerlichen Blättern sind vergeblich. Wer sich vor Schaden bewahren will, komme nicht nach Duedlinburg.

Gau Mannheim. Kürzlich ging durch die bürgerliche Presse eine Notiz, wonach in M. ein Streik ausgebrochen sei, der die Beibehaltung der elfstündigen Arbeitszeit an Stelle der zehnjährigen zum Zweck habe. Die Sache verhält sich nun so: Vor dem Streik im Jahre 1906 bestand in Weg eine elf- bis dreizehnstündige Arbeitszeit. Als wir dann die zehnjährige durchführten, gestatteten wir, daß bei Reparaturarbeiten während des Jahres 1906 noch elf Stunden gearbeitet werden könnten. Diese Arbeiten werden hier besonders von drei Unternehmern, den sogenannten Franzosenmeistern, ausgeführt. Sie beschäftigen auch meistens Leute aus der Umgebung von Weg, sozusagen Strohfranzosen, die von unserem Verbande absolut nichts wissen wollten. Während nun sonst in Weg der Vertrag überall streng eingehalten wurde, ließ der Unternehmer Nikola bei seinen Reparaturen auch noch in diesem Jahre elf Stunden arbeiten und zahlte auf statt 52 % nur 40 bis 45 % Lohn. Solange er nur Reparaturarbeiten ausführen, ließen wir ihn in Ruhe; als er aber vor einigen Wochen einen Neubau aufging, riefen wir die Schlichtungskommission zusammen, die dann entschied, daß sich auch Nikola an den Vertrag zu halten habe. Er ist Mitglied der Unternehmerrorganisation und hat auch den Vertrag mit unterschrieben. Als aber Nikola seinen Reuten mitteilte, daß sie von nun an nur zehn Stunden arbeiten dürften, legten sie die

Ostermied a. S.: Hermann Westeroth (93 299), Wilhelm Budwig (118 568), Karl Wenzel (118 559).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

An die Zweigvereinsvorstände. Am 2. März 1907 ist der Maurer Hermann Hildebrandt, geboren am 22. August 1879 zu Gröningen, vom Zweigverein Hamburg ausgeschlossen worden. Durch Vorpiegelung falscher Tatsachen wurde er kürzlich vom Zweigverein Potsdam wieder Mitglied. Er hat die Verb.-Nr. 121 884 erhalten. Das Buch bitten wir anzuhalten und an uns einzuliefern.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein C m e n d i n g e n: Wilhelm Kistner (Verb.-Nr. 87 081), eingetretten am 1. März 1902; D o d u m: Heinrich Wendt (247 540), geb. am 29. Januar 1870 zu Schilbesch, Aug. Weder (269 666), geb. am 30. August 1879 zu Weier; G u b a n: Ludwig Westphal (885 047), Edwin Krauer (883 340).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Gerichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des **Grundstein**. Nur kurze Mitteilungen können noch **Dienslags Morgens** für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß **Gesellungen und Adressenveränderungen** nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie **Dienstags Vormittags** in unseren Händen sind.

Konrad Weder †. Sonntag, den 23. Juli, ist im Aufstuhne des Krankenhauses der Maurer Konrad Weder gestorben. Der Maurer Bremens verliert in dem Verstorbenen einen ihrer tüchtigsten Kollegen. Er war ein Veteran der Maurervereinigung. 22 Jahre hat er ununterbrochen seiner Gewerkschaft angehört, und bis vor ein paar Jahren lag man ihn immer in den vordersten Reihen. In den Versammlungen, die er häufig besuchte, galt sein Wort viel, und wo es galt, die Lage seiner Kollegen verbessern zu helfen, war Konrad Weder jederzeit mit Rat und Tat zur Hand. Jetzt hat der 68jährige Veteran für immer die Augen geschlossen. Die Bremer Maurer werden sein Andenken in Ehren halten.

Eine kleine Abweichung. Unter dieser Stichmarke hatten wir in Nr. 31 einen Fall von christlichem Terrorismus mitgeteilt, der sich in St. Ingbert zugetragen haben sollte. Wir hatten die betreffende kurze Notiz der Tagespresse entnommen und aus diesem Grunde, zumal wir einen eigenen Bericht nicht darüber bekommen hatten, auf irgendwelche kritische Bemerkungen ausdrücklich verzichtet. Die Notiz betrug, daß christlich organisierte Kollegen die Entlassung zweier Berliner Kollegen verlangt, damit aber kein Glück gehabt hätten, sondern selbst aufgeben mußten. Das hat nun die „Baugewerkschaft“ derart in Farnisch gebracht, daß sie sich wie ein Amokläufer gebildet und über diese „Judas-Mat“ schreibt, was das Zeug halten will. Diese Aufregung scheint uns recht wenig angebracht zu sein. In unserer Notiz ist das falsch, daß die Christlichen bei der Lohnbewegung in St. Ingbert mit ihren paar Mitgliedern nicht ernstlich in Frage gekommen wären. Wahr ist, daß sie vor der Lohnbewegung 24 Mitglieder hatten, daß es ihnen dann aber durch ihre 50 in Pfarrer unterstützte Agitation gelang, 23 unserer Mitglieder zum Abtritt zu bewegen. Da die „Baugewerkschaft“ Wert darauf zu legen scheint, so sei das hiermit berichtigt. Sonst aber ist unsere Notiz richtig. Die „Baugewerkschaft“ will nun die Sache so gehabt haben, daß die christlichen Maurer nur unwillig darüber waren, daß sie fortwährend in Bruchsteinmauerwerk arbeiten mußten, während die Berliner Kollegen Ziegel demauern durften. Sie haben verlangt, daß die Berliner an das Bruchsteinmauerwerk gestellt würden, und als das nicht geschah, ihre Entlassung genommen. Das ist der Sachverhalt, den auch die „Baugewerkschaft“ zugibt. Sie behauptet aber dann noch, daß auch zwei bei uns organisierte Maurer der Berliner wegen angehörd hätten. Wollten wir im Gauverbande der „Baugewerkschaft“ reden, so würden wir dies eine verlogene Fälschung nennen, da wir aber sehr gut wissen, daß die „Baugewerkschaft“ ebenso wie wir auf ihre Verichterhalter angewiesen ist, so wollen wir uns mit der Feststellung begnügen, daß es nicht wahr ist. Es arbeiten auf dem betreffenden Bau sechs christliche, zwei Berliner und ein indifferenten Maurer. Der Indifferente hat sich einmal vor einem halben Jahr ein Mitgliedsbuch unseres Verbandes gekauft, aber weiter keine Beiträge gezahlt. Der andere Maurer, den sie uns noch aufbürden will, ist zur Zeit dieser Vorkommnisse bereits Mitglied im christlichen Verband gewesen. So stehen die Sachen. Nun bemerkt das christliche Blatt noch, daß die zwei Berliner Kollegen selbst erklärt hätten, es sei ihnen kein Christentum zu nahe getreten. Auch das ist nicht wahr. Sie haben vielmehr erklärt, daß man sie auf alle mögliche Art schikanieren habe. Die Christlichen hätten zuletzt verlangt, daß mit der Arbeit getauscht würde, und als der Unternehmer darauf nicht einging, die Arbeit niedergelegt. Danach bleibt also der christliche Terrorismus bestehen. Keine Schreiberei kann etwas davon ändern. Wir geben gern zu, daß es ärgerlich ist, wenn einige immer die unangenehmere Arbeit verrichten sollen und andere immer die bessere, aber hier lag doch keine verwerfliche Pflicht vor; die Sache war doch lediglich die, daß die Berliner Maurer gerade keine Künstler im Bruchsteinmauerwerk sind, weil sie es eben zu wenig kennen. Der Fall wird dadurch für die Christlichen noch schlechter, daß sich ihre Schikane gegen Kollegen richtete, die an einem schweren Kampfe beteiligt waren; den auch die christliche

Organisation zusammen mit uns führt. Und dann noch eine Frage: Götten die sechs Christlichen auch dann der Bruchsteinarbeit wegen Terrorismus geübt, wenn die Berliner Mitglieder ihres Verbandes gewesen wären?

Da wir aber nun gerade bei der Förderung christlicher Lebenswürdigkeiten sind, so möchten wir auch folgenden, recht interessanten Vorfall bekannt geben: In W i n n i n g e n in der Pfalz wird gegenwärtig eine Kirche gebaut. Daran arbeiten neben einer größeren Anzahl christlich organisierter Kollegen auch zwei von unseren Mitgliedern. Das war den Christlichen denn aber doch zu toll und bei der ersten Gelegenheit machten sie den Pfarrer auf diese fürchterliche Tatsache aufmerksam. „Se. Ehrwürden“ ließen sich die beiden Freiber vorführen und erklärten ihnen in strengem Ton, daß sie nur dann weiter an der Kirche arbeiten dürften, wenn sie in den christlichen Verband übertritten würden. Die beiden sträubten sich ja eine Weile, aber als sie sahen, daß die Sache ernst gemeint war, ließen sie sich schweren Herzens das glorieusmitteltragende Buch des christlichen Verbandes ausstellen. Da meinte der würdige Gottesdiener, das könnte den Sozialdemokraten gerade passen, sich mit Geld bezahlen zu lassen, was von den Gläubigen aufgebracht ist!

Was sagt die „Baugewerkschaft“ dazu? Wir finden diesen Fall recht hübsch. Solange die beiden Maurer Mitglieder unseres Verbandes waren, waren sie natürlich unwürdig, am Tempel der allesumfassenden christlichen Brüderliebe zu arbeiten; als sie aber des schönen christlichen Mammens wegen zu Weichern wurden, da waren sie plötzlich gottgefällige Menschen geworden, deren Kellergelaber an der Kirche in W i n n i n g e n wie Seraphinenmusik an die Ohren des Höchsten klang. Wie ideal! Nur die Bemerkungen des Pfarrers sind leider nicht so einleuchtend. Wenn er nicht will, daß die Kirchenbauarbeiter auch in die Hände von Sozialdemokraten resp. freien Gewerkschaftlern kommen, weil sie von den Gläubigen aufgebracht seien, so müßte er konsequenterweise auch kein Geld von Sozialdemokraten annehmen. Das wird ihm aber kaum einfallen; so wie die Sonne über Gerechte und Ungerechte scheint, fallen auch die Steuerzettel über Gläubige und Ungläubige und alle müssen zahlen. Die „Baugewerkschaft“ wird uns entgegenhalten wollen, daß es bei Bauten unserer Organisationen ja auch so gemacht würde; sie wird aber wohl wissen, daß diese dann auch das Geld dazu allein aufbrachten. Derartige Gewissensbisse, wie bei dem Kirchenbau in W i n n i n g e n, überlassen wir denen, die nicht ohne solchen auskommen können.

An die Kollegen! Der Maurer Willi Meier, geb. am 29. Januar 1884 zu Mittenwald, seit circa acht Wochen Mitglied des Verbandes (eingetretten unter Buch-Nr. 281 993 in G a r b u r g), hat in G a r b u r g „m“ er mit dem Hilfskassierer zusammengekauft, dessen Koffer erbrochen und daraus Verbandsgehälter und außerdem noch Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen. Wer den Vorfall kennt, möge ihn sofort der Polizei übergeben und dem Zweigverein E u g e n b a u n Mitteilung machen.

Gau Mannheim. Sonntag, 4. August, tagte im „Volksgarten“ zu Straßburg i. E. eine Konferenz für Glas-Bohringen. Es betrat folgende Orte: Blosheim Josef Glod, Hählingen Josef Baisch, Wilkhausen B. Wolff, Colmar Franz Greger, Straßburg Josef Schmitt und Weingarten, Metz Ludwig Schab und Anton Döfing. Vom Gauvorstand war Bömelburg anwesend. Eingeladen war Voigt aus Straßburg. Die vom Gauvorstand vorgelegene Tagesordnung wurde eingehend; sie lautete: 1. Errichtung eines besonderen Gaus für Glas-Bohringen; 2. Wahl des Gauvorsitzenden hierfür; 3. Beratung des Regulator; 4. Situation im Gauverband; 5. Anträge usw. Zum ersten Punkt sprachen die Kollegen Bömelburg und Horter. Bömelburg schilderte die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Horter erläuterte die Errichtungssachen und die von jetzt an notwendige Taktik im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorsitzenden, Kollege Fried zum Kassierer, die Kollegen Weis, Strauß und Heine als Beiräte, die Kollegen Weis, Freydt und Lemmel als Revisoren (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Kolonialbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angeht. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Glas-Bohringen, den Regulatorbezirk Trier, das Wiesenthal in Baden und Luxemburg. Für die Kollegen in Luxemburg errichtete Schab aus Metz Partei, weil ihnen bis jetzt die Zugehörigkeit zu unserem Verband vom Verbandsvorstand verweigert worden sei. Bömelburg und Horter berieten die Luxemburger Kollegen auf die internationale Mauerkonferenz nach E u l t a g e r t, und hoffen beide, daß dort eine Einigung erzielt wird. Als Grundlag bei Abgrenzung eines Gaus muß immer gelten, daß ein Interessengebiet nicht getrennt werden darf, sondern eine in Gau angehören muß. Beim vierten Punkt führte Kollege Voigt alle wichtigen Momente an, die jeder Kollege und besonders die führenden Kollegen nie außer acht lassen dürfen, wenn wir nicht klüßchen wollen in unserer Befreiungskampfe. Besonders wichtig ist die Beschäftigung; daß bei der übergebenen Mitgliedschaft der Mitgliedsbeitrag der ausgedehnte Extrabeitrag als unbedingte Voraussetzung angesehen und gern gezahlt wird. Es sprechen hierzu noch Schaffner aus Pfalzgraben, Greger aus Colmar und Horter. Alle Ausführungen beweisen, daß jeder befreit ist, die Lage und die Bildung der Maurer zu heben und dadurch die Einführung der Klassenkämpfe zu bereinigen. Kollege Bömelburg zeigte in seinem Schlusswort alle Arbeit für die vor uns liegende Zeit an. Allen Teilnehmern an dieser Konferenz wurde hierüber zur Gewissheit, daß eine ernste, harte Aufgabe unserer Art. Aber voller Zuversicht und mit Siegesgewißheit wird diese Arbeit begonnen und zu Aus- und Fortkommen der Kollegen, der Maurer, auch durchgeführt werden. Die Frage, warum die Beamten nicht in die kleineren Städte geschickt werden, wurde vom Kollegen Bömelburg ebenfalls besprochen. Die Vorstände haben die Befreiung, insofern sie müssen in Orte wohnen, wo sie selbst immer wieder Gelegenheit haben, sich weiterzubilden. Können sie dieses, dann können sie ihre Aufgaben in der Arbeiterbewegung richtig erfüllen und die Maurer und ihre Familien haben den Nutzen davon.

Bromberg. Am 4. August tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung, die nur mittelmäßig besucht war. Zunächst wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal vorgelesen, wonach der Bestand der Kasse 1025 beträgt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Der erste Vorsitzende, Johann Meyer, sprach über die Berliner Lohnbewegung und die Extrabeiträge. Da bei vielen Kollegen die Ansicht vorhanden ist, die Extrabeiträge werden lediglich für den Berliner Streik erhoben, so brachte Meyer den Beweis, daß dieses nicht der Fall sei, sondern die Extrabeiträge werden erhoben, um einen Reservefonds gegen größere Anstöße für die Zukunft zu haben. Danach besprach der Vorsitzende die Affordarbeit. Er wies nach, wie wenig uns die Affordarbeit nützt und welchen Schaden die Kollegen selbst davon haben. Es ist in Bromberg im Jahre 1900 nach 6 1/2 wöchigen Kämpfe der Bestuhntentag errungen worden und jetzt arbeiten die Kollegen in Afford 11 bis 14 Stunden. Es ist schändlich, dieses den Kollegen mitteilen zu müssen. Dann kommen auch häufig Klagen, daß der Nachschuß nicht vom Unternehmer ausgezahlt wird, ja, sogar, daß der Nachschuß nicht reell unter den Kollegen verteilt wird. Neulich hat der Kolonnenführer B. St. seinen Ruchern um 82 übersch. Ohr gehauen. Als dann die Betroffenen sich bei unserem Vorstand beklagten, einigte man sich mit dem Kolonnenführer, welcher jedem Rucher noch 10 gab, damit die Sache aus der Welt käme. Der Vorsitzende erludte die Kollegen, solche Fälle dem Vorstande gleich zu melden, um gegen derartige Kollegen, die den Arbeitsvertrag nicht inne hatten, scharf vorgehen zu können. Zum Schluß der Versammlung stellte sich der aus der Gast entlassene Kollege Bruno Orlinski seinen Kollegen wieder vor und betonte, daß er, Orlinski, keine Familie in den vier Jahren nicht haben darf, sondern, daß Kollege Orlinski wurde 1903 wegen schweren Landfriedensbruchs, den er sich beim Streik schuldig gemacht haben sollte, zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er ist jetzt nach Verbüßung von 4 Jahren auf freien Fuß gesetzt worden. Darauf wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Burgkäß. Montag, den 12. August, tagte hier eine von 100 Kollegen besuchte Versammlung. Kollege Koch aus Leipzig referierte über den Extrabeitrag. Er führte den Mitgliedern die Ausprägungssphäre der Unternehmer in ausführlicher Weise vor Augen und betonte, daß zu deren Niederhaltung das nötige Geld unbedingt beschafft werden müsse. Seine Ausführungen wurden mit Begeisterung begrüßt. Ein Beweis dafür, daß die Kollegen mit dem Extrabeitrag einverstanden waren. Unter „Verchiedenes“ wurde gerügt, daß zwei Kollegen sich gegen die Bestimmungen des Verbandes vergangen hätten; es wurde beschlossen, diese zur nächsten Versammlung zu laden. Nachdem vom Vertrauensmann die Kollegen noch ermahnt worden waren, den „Grundstein“ besser zu lesen und die Protokolle vom Verbandstag gründlich zu studieren, um in vorliegenden Punkten besser aufgeklärt zu werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Calbe a. d. S. Sonntag, den 11. August, tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung, deren Besuch leider viel zu wünschen übrig blieb. Zunächst erfolgte die Rechnungslegung vom zweiten Quartal und vom Sommervermögen. Die Einnahme beträgt inf. Kassenbestand vom ersten Quartal 4 679,31, die Ausgabe 4 408,63, Kassenbestand 270,68. Decharge konnte nicht erteilt werden, da die Revisoren nicht zugegen waren. Die Abrechnung vom Sommervermögen wies eine Einnahme von 86 und eine Ausgabe von 97,06 auf, ergab mithin ein Defizit von 11,05; sie wurde für richtig befunden. Über die Erhebung des Extrabeitrages referierte der Vorsitzende, Kollege Ritter. Die Kollegen Meyer sen. und Kramer schlossen sich den Ausführungen des Referenten an, nur der Kollege Hellwig konnte sich nicht genug über die Entziehung der Kollegen auslassen. Es ist nach Ansicht dieses Kollegen nicht richtig, daß man schon heute, wo die Kassen gefüllt sind, Extrabeiträge aushebt. Der Vorsitzende widerlegte die irrigen Ansichten dieses Kollegen. Begehrten hielten noch einige Kollegen, besonders der Kollege Meyer sen., mit ihm Abrechnung wegen seiner zum Teil niederträchtigen Auslassungen. Zum Schluß ließ der Kollege Ritter über die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes, die in Nr. 23 des „Grundstein“ veröffentlicht ist, abstimmen; sie wurde einstimmig angenommen. In „Verchiedenes“ wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: In Zukunft sind zu sämtlichen Versammlungen, die der Zweigverein abhält, die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle der Beitragsleistung sowie zur Unterstützung vorzulegen. Als Kontrolleur wurde der Kollege Hermann Meyer sen. gewählt.

Coler. In der Nummer 31 des „Grundstein“ haben wir in kurzen Worten unsere Coler Unternehmer und die Polizeipraxis geschildert, und es scheint, als hätten wir damit den Nagel auf den Kopf getroffen; denn nicht nur die Unternehmer, sondern auch das Coler Stadtblatt schrieben Bitter und Morla gegen den Zentralverband. Wir wollen nun der Öffentlichkeit ein Dokument unterbreiten, das wohl die Coler Unternehmer in das rechte Licht stellen wird und auch geeignet ist, unsere oberflächliche Kultur zu dokumentieren. Hier ist sein Inhalt:

Warnung an die arbeitswilligen Gesellen!

Es wird wohl von uns Sterblichen keiner einen nennen können, welcher auf dem leidenschaftlichen Standpunkt steht, zu geben, ohne zu wissen, warum und für was. Wenn es nicht einem am gesunden Menschenverstand mangelt, der muß einsehen, daß es wirklich so ist. Hat doch schon der schwerwiegend überlebende Gedanke des guten Gesellen mit vollem Recht das Augenmerk verfallen, von einem das verlangen zu dürfen, was er vorzuleisten verpflichtet ist. Der hierzu Verpflichtete ist ein Jeder der heute kein Dolm durch irgend einen Erwerb oder Arbeit findet. Aber leider, die ordnungstheoretischen Gesellen scheinen sich durch die Lage und arbeitswilligen Gesellen, welche sich einigen Tagen die Umgebung unsicher machen, in ihrer Arbeitswilligkeit beschränken zu lassen. Die wilden, ordnungstheoretischen Tendenzler wollen nur viel Geld aber wenig Arbeit; das zu erhalten wird und ist von den Brüdern einer wenig im Stande, wenn er ehrlich gesteht. Die arbeitswilligen Gesellen aber,

wie es die Herrumtreibenden sind; scheinen von einer ehrbaren Existenz nichts wissen zu wollen; sie verbringen den einen über den anderen Tag herrlich und in Freuden da sie von dem Gelde, welches ihr die gute Gasse erwirbt, sein leben. Solche Individuen halten allerdings nicht viel von der Arbeit, weil sie selbst nicht viel leisten können, denn wer was kann, wird auch bezahlt. Jeder einseitig-scholle Arbeitsgeber wird es gewiß zu beurteilen wissen, was einem zukommt und ohne einem Agitator die Lage eines Arbeitswilligen zu heben suchen. Selbstverständlich muß ein Jeder einsehen, daß der Arbeitsgeber das Geld nicht sichten gehen kann, um die Arbeitslosen, welche dem lieben Herrgott den Tag stehlen, zu bezahlen. Deutlich laßt sich die Lage eines Arbeitswilligen durch einen arbeitsscheuen Menschen nicht verschleiern, denn gewiß wird es durch einen solchen Aufwüchler nicht besser, sondern schlechter. Es wird, wenn ungerechte und unberechtigte Forderungen eintreten, nicht mehr heißen: „Du bist Maurergeselle, weil du einen Hammer, Reile und Sengblei, oder Zimmergeselle, weil du eine Säge und Hobel hast“, sondern es wird von ihm seine Befähigung durch Gehirns- und Gefelleigenschaften nachgewiesen werden müssen. Treu zu Kaiser und Reich, gleichwohl zu seinen Untertanen, seit willig und gehorham Euren Arbeitsgebern!

Auf diesen Wunsch wollten wir die Antwort nicht schuldig bleiben, sondern geben unserer Meinung wie folgt Ausdruck:

An die Maurer in Cosel und Umgegend!

Herr Adolf Bragulla, der Leiter eines Baugeschäfts in Cosel, hat an uns Maurer einen Brief gerichtet. Er schickt uns eine Botschaft, um die wir ihm nicht gebeten haben! Herr Bragulla schreibt, daß kein Kapitalist geben kann, ohne zu wissen, warum und für was. Darauf antworten wir kurz und bündig: Nicht die Kapitalisten sind es, die den Arbeitern geben! — sondern die Kapitalisten haben an uns Profit. Wir Arbeiter geben den Kapitalisten unsere schwere Arbeit — sie haben daran Vorteil, sie ziehen daraus ihre Gewinne, und uns geben sie nur Reize davon zurück! Herr Bragulla schreibt, daß jetzt „wilde“ Reize, gebrüht Herr, das sind aufgeklärte Arbeiter, die erkannt haben, auf welchen Ursachen die Not der Arbeiterhaft beruht. Die erkannt haben, daß man dieser Not entgegenkämpfen muß. Die wissen, daß in allen Ländern die Arbeiter um die Freiheit, besseren Verdienst, kürzere Arbeitszeit, den Kampf führen. Die erkannt haben, daß der Arbeiter um all dies kämpfen muß, wenn er nicht verkommen soll, wenn er Mensch bleiben will, wenn er um seine Familie, um seine Kinder sorgen will. Und vor allem haben diese „wilden“ Reize erkannt, daß in der Einsamkeit, in der Isoliertheit die Kraft der Arbeiter liegt. Der vereinzelte Arbeiter kann nichts erreichen — die in Verbänden vereinigten Arbeiter können vieles erringen. Deshalb sind denn in den großen deutschen Städten die Löhne schon auf 75 % pro Stunde gekommen? Weil die Arbeiter dort erkannt haben, daß in der Einsamkeit die Kraft der Arbeiter liegt, weil die Arbeiter dort den kapitalistischen Knechten kein Gehör schenken, weil die Arbeiter dort seit vielen Jahren große Arbeiterverbände gebildet haben und unaufhörlich den Kampf um Verbesserung ihrer Lage mit den Kapitalisten führen. Der kluge Herr Bragulla schreibt weiter, daß die Kapitalisten selbst wissen, wieviel der Arbeiter zu bekommen hat, daß sie, die „Böhlert“, sich selbst um die Verbesserung der Lage der Arbeiter bemühen. Herr Bragulla, was sollen uns diese Worte sagen? Wir Arbeiter wissen doch sehr gut, daß niemals und nirgend die Kapitalisten freiwillig die Lage der Arbeiter aufgebessert haben. Wenn es geschieht — so liegt unter dem Druck, entweder des Mangels an Arbeitskräften, oder dem Druck der Arbeiterorganisation, oder unter der Drohung des Streiks. Ist doch hier in Cosel am Anfang des Jahres bei einer gehobenen halbtägigen Arbeitszeit ein Stundenlohn von etwa 25 % erhöht worden. Das sollen gerechte Zustände sein? Damit kann man ja nicht auskommen! Und erst später, als die Kapitalisten gemerkt haben, daß wir in die Organisation, in den Verband eintreten — erst da haben sie die Löhne auf 30 % pro Stunde erhöht. Wir wissen sogar, daß die Coseler Bauunternehmer daran denken, im Herbst die Löhne wieder herabzudrücken. Es wird unsere Aufgabe sein, bis dahin unseren Mauererverband so zu stärken, daß die Kapitalisten nicht wagen werden, an die Lohnverminderung heranzugehen. Im Gegenteil, wir sollten fordern, daß der Lohn mindestens 35 % pro Stunde beträgt und die Arbeitszeit zunächst auf 10 Stunden gestützt wird. Um dies durchzuführen, müssen wir alle Mitglieder des Verbandes sein. Herr Bragulla droht uns, die Arbeitgeber würden wieder die Löhne und das Gehaltensniveau von uns fordern. Die Zeiten sind vorbei. Die Unternehmer brauchen unsere Arbeit — ohne Arbeit gibt es für sie keinen Profit. Und deshalb sind auch die Drohungen des Herrn Bragulla — den leeren Drohungen. Schließlich fordert uns Herr Bragulla auf, den Unternehmern gehorchen zu sein und den Staat Anhänglichkeit zu erweisen. „Gehorchen“ gegenüber den Unternehmern erkennen wir nicht an — wir geben ihnen reelle Arbeit und fordern hierfür unseren Lohn. Und damit Schluss. Und die Anhänglichkeit an den preussischen Staat oder das Reich? Wozu? Dafür, daß wir mit Steuern belastet sind? Daß wir Arbeiter keinen Zutritt zum preussischen Landtag haben? Daß wir Arbeiter auf Schritt und Tritt verfolgt werden? Oder für Germanisierungspolitik, für die Politik der nationalen Bedrückung der polnischen Bevölkerung. Dem Staat werden wir Anhänglichkeit erweisen, wenn es ein Staat des Volkes sein wird, wo das Volk regieren wird, wo alles für die Befriedigung der Volksinteressen geschieht wird. Kollegen! Lassen wir uns nicht beirren! Einer muß den anderen aufklären! Einem in die Organisation!

Der Zentralverband der Maurer.

Diese Ortschaft hatte eine wunderbare Wirkung, nicht nur die Unternehmerräte saßen sich getroffen, sondern auch das hiesige Stadtbild sah sich berufen, gegen unseren Zentralverband zu Felde zu ziehen. Dies kann uns aber nur zu Rätseln abgeben. Wir werden uns immer und überall in so offener Weise ausdrücken, was wir sind und was wir verlangen. Wir können den Coseler Unternehmern sowie den Stadtbürgern rathen, daß die verdammte Zunge, die Bedürfnislosigkeit, auch bei den Coseler Maurern zu schwinden beginnt. Das geistige Bombardement, das von den sozialdemokratischen Agitatoren

gegen die frühere Festung Cosel eröffnet wurde, hat zur Folge, daß auch dort jetzt Bewußtsein der Wahrheit ein kleiner Platz eingeräumt werden mußte. Die Coseler Unternehmer, die früher über unsere Organisation höhnisch witzelten, müssen jetzt mit Schreden sehen, daß auch ihre Arbeiter, die sich seit zehn oder mehr Jahren willkürlich alles bieten ließen, nicht mehr geneigt sind, sich noch länger am Gängelbande führen zu lassen. Die Arbeiter haben einsehen gelernt, daß das Unternehmertum faktisch nur auf den eigenen Profit bedacht, daß es ihm gleichgültig ist, ob die Erzeuger seines goldenen Segens werden, vertieren und zu Grunde gehen, wenn nur sein Heiliges, sein Profit, seinen Schaden erleidet. Das Verhalten der Coseler Unternehmer verdient selbsten zu werden für alle Zeiten als Beleg für den „nationalen“ Sinn, als Illustration zu der verlogenen Phrase vom sozialen Gewissen. Nachgehulst hatte ihm der Herr lohnenden Verdienstes so reichlich geschmeckt und dabei waren Zustände eingetreten, die jedem Einseitigen die bange Frage vorlegten: „Wo soll denn dieses hinaus?“ Es mußte jeder mit Blinzel geschlagen sein, der nicht zu der Einsicht gelangte, daß unsere Unternehmer von diesem Grundsatz ausgehen: „O, du heiliger Geduld, du bist meine Freude, meine Ruh“, wir beten dich an, wir beneiden dich, verlaßte die Armen und erhöhe uns!“ Sehr wünschenswert wäre es, wenn auch unsere oberflächlichen Parteileitende mehr als bis jetzt für Cosel tun möchten, da doch bis jetzt in dieser Hinsicht für Cosel noch nichts unternommen wurde, obgleich hier Hunderte von Fabrikarbeitern vorhanden sind, die für die Gemeinschaft sowie für die Partei zu gewinnen wären. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß nun endlich auch hier die Hand ans Werk gelegt wird.

Dortmund. (Christliche Ägental.) In Nr. 31 der „Baugesellschaft“ befindet sich ein Artikel aus A m e n. Darin heißt es, daß sich in Namen eine Zahlstelle der Christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter gebildet hat. Weiter wird berichtet, daß sich 27 Bauarbeiter hätten aufnehmen lassen, und einige aus dem sozialdemokratischen Verbande seien zu den Christlichen übergetreten, so daß die Zahl der christlich Organisierten auf 35 angewachsen sei. Wir stellen hiermit richtig, daß bis jetzt von uns noch keiner zu der genannten Organisation übergetreten ist, da die Vertreter der Christen am Orte schon genügend bekannt sind. Die Vertreter der Christen in Namen seit der kurzen Zeit ihres Bestehens verhält haben, grenzen an Caricatur. Als wegen des schlechten Wetters einige Stunden gefeiert werden mußte, die sich auf 20 belaufen, trugen die Christen beim Polier der Firma Rißer von Duisburg an, er möge die gefeierten Stunden nachholen lassen; da der Polier auch ein Bruder in Christo ist, so gab er dem Verlangen seiner Genossen nach, und machte am anderen Morgen beim Namensaufputz bekannt, daß sämtliche Feiertunden nachgeholt werden sollten. Wir teilten dies dem Zweigvereinsvorsitzenden mit, worauf die Vorsitzenden der beiden Verbände versuchten, die Sache zu regeln. Kollege Klein machte den christlichen Polier darauf aufmerksam, daß die Feiertunden nicht nachgeholt werden dürften. Der Polier drohte, daß der gemachte Willkür würde, der die Sache den Vorsitzenden gemeldet habe. Von dieser Zeit an wurde der Tarif wieder eingehalten. Während in dem Geist, der im christlichen Verbande herrscht, ist die Tatsache, daß einige Mitglieder dieser Organisation sagten, sie ließen sich von dem Führer ihres Verbandes keine Vorschriften über die Arbeitszeit machen, lieber würden sie dem Verbande den Rücken kehren.

Elmich. Sonntag, den 4. August, tagte eine Versammlung. Trotz der wichtigen Tagesordnung waren doch nur 17 Kollegen erschienen. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde genehmigt und dem Kassieren Dehaghe erstattet. Hierauf wurden 4.40 zu einem Schanke nachbewilligt. Es wurden dann einige Kollegen zu Baudelegierten gewählt, und ihnen zur Aufgabe gemacht, die Gerüste und Wälder zu kontrollieren. Bei der Kalenderbestellung hielten es nur elf Kollegen für nötig, Kalender zu bestellen.

Elmsborn. Das hiesige Organ des Reichsverbandes, die „Emsborner Zeitung“, maoriert sich darüber, daß wir dem Kollegen Vornholt in einer Strafsache wegen Nötigung Rechtsschutz gewährt. „Wie mit Arbeiterwegen gewirkter wird“ schreibt sie an die Spitze der Notiz. Der Kollege Vornholt hatte einen Bauarbeiter zur Inhaftung des Tarifs, monach Überstundenarbeit verboten ist, angehalten. Dafür schimpfte dieser Bauarbeiter vor dem Bau, auf den Vornholt arbeitete, worauf dieser mit einem Stein nach ihm warf, ohne ihn zu treffen. Dafür wurde er zu insgesamt 40 Geldstrafe verurteilt. Nach Lage der Sache war es nun selbstverständlich, daß B. Rechtsschutz erhielt. Das Reichsverbandesorgan aber glaubt, an diesem Falle daran zu können, daß die Gewerkschaftsgelder für Robetein fortgeworfen werden. Das Blatt schneidet damit ein sehr verhängnisvolles Thema an; denn wenn wir hier erörtern würden, für welche Zwecke die Gelder, die der Vater Staat den Arbeitern als direkte und indirekte Steuern abknöpft, verwendet werden, wir glauben kaum, daß es diese Verwendung so leichtens gereizt werden könnte, wie wir die Verneinung der Gewerkschaftsgelder. Letztens hätte der Verband den Rechtsschutz abgelehnt, so hätte dies würdige Papier nicht wieder gelangt. „Da läßt die reiche Gewerkschaft den armen Arbeiter liegen, wo er nach seiner Meinung in ihrem Interesse gehandelt hat.“ Freilich! Man kann es also machen, wie man will, Schmach hat immer etwas zu rationieren. Lassen wir ihn das harmlose Vergnügen.

Erfeldrüge-For. Obgleich in dem Bericht in Nr. 29 des „Grundstein“ die hier zureichenden Kollegen ersucht werden, die Baustellen des Hausbaus in For zu meiden, nahm ein Kollege daselbst doch Arbeit an, jedoch ohne den erwähnten Bericht gelesen zu haben. Als nun der Kollege einige Tage in Arbeit war, wurde ihm von dem Meister die Frage vorgelegt, ob er in dem Zentralverband der Maurer wäre. Der Kollege bejahte natürlich die Frage. Hierauf sagte dann der Herr Meister, dann wäre er ja ein Kollege des Vorstehenden und hätte hiermit Feierabend. Kollegen, merkt Euch diese Äußerung des Herrn Bauwerksmeisters Hausbaus in For und meidet dessen Arbeiten, bis er zu der Einsicht kommt, daß sein gegenwärtiges Benehmen gegenüber den organisierten Maurern ihm auf die Dauer doch wohl nicht gut bekommen wird.

Singen. Sonntag, den 4. August, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: „Die Affordarbeit und das Überstundenwesen.“ Es haben sich einige Kollegen dazu hergegeben, Arbeit in Afford zu verrichten, obwohl es früher hier keine Sitte war. Der Anfang machten einige unorganisierte und christliche Kollegen. Und dann konnten einige unserer Kollegen es nicht über's Herz bringen, es dieser Sorte Kollegen nicht gleichzutun. Die paar Pfennige, die sie mehr eroberten, können sie doch nur dadurch erreichen, daß sie anstatt 10 Stunden, wie hier üblich, 13 Stunden arbeiten. Aber unsere Kollegen haben solche Erfahrungen gemacht. Sie hatten sich den Affordpreis so niedrig gesetzt (hier wurden schon vor zehn Jahren die gleichen Preise gezahlt), daß sie, wenn sie die 5 3 Aufschlag für jede Überstunde, die hier vertraglich zu zahlen sind, nicht erzielten, letztere nicht mal bezahlt bekommen haben. Auch scheint es, als ob das Überstundenwesen sich hier allgemein einnistet; hauptsächlich scheint dies bei dem Unternehmer Greiwit der Fall zu sein. Dort hat vor einigen Wochen ein Kollege angefangen, der sich christlich nennt, und damit häuslichen geht, daß er mit 40 3 Stundenlohn bei zehnjähriger Arbeitszeit nicht auskommen könne; er habe in Bedinghausen als Kollier gearbeitet und 80 3 pro Stunde bekommen. Jetzt kommt er hierher und arbeitet für 40 3! Wir können selbstverständlich nichts dagegen einwenden, aber wir können verlangen, daß er die hier übliche Arbeitszeit innehält. Xaurig bei der Sache ist nur, daß auch einige von unseren Kollegen sich haben verweisen lassen, obwohl diese vor einigen Wochen in der Versammlung erklärten: Affordarbeit und Überstunden machen wir nicht.

Zusammenfassung. Unser Zweigverein hielt Montag, den 12. August, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Lemm aus Berlin über: „Einiges aus der Gewerkschaftsbewegung“ sprach. Redner ging auf die einzelnen Gewerkschaften näher ein und wählte hauptsächlich die „Gelben“ und „Christlichen“ einer Beschreibung, und zwar aus dem Grunde, weil sich hier am Ort eine Clique zusammengefunden hat, der es niemand recht machen kann und die ihre Wälder an dem Verband dadurch fühlen will, daß sie sich der „katholischen Arbeiterorganisation“ anschließt. Selbstverständlich tragen die Meister ihre möglichste dazu bei. Redner meinte, jeder Organisierte müßte sich darüber klar sein, zu welchem Zweck die „Gewerkschaft“ gegründet worden ist; sind doch ihre Wälder die Schatzkammer. Daran sei zu erkennen, daß sie nichts weiter tun soll als ein Teil in die moderne Arbeiterbewegung. Redner ging sodann näher auf die Beschreibung des Extrabetriebs von unserer Organisation ein und erwiderte, daß sich kein Kollege weigert, diesen Extrabetrag zu zahlen. In der Diskussion wurden einige nichtsagende Bedenken gegen die Zahlung des Betrages geltend gemacht, ihrer Erhebung aber wurde gestimmt. Nach Beschreibung einiger unverständlicher Sachen unter „Beschwerden“ wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Ochtersleben. Im März reichten die Maurer von Ochtersleben und Hornhausen die Forderung einer Lohnerhöhung ein. Sie verlangten 42 3 pro Stunde für Ochtersleben und 40 3 für Hornhausen; die Unternehmer boten ihnen aber nur 40 bezw. 38 3, welcher Satz für einen Teil der Maurer gar keine Erhöhung bedeutete hätte. Die angedachten Verhandlungen scheiterten an der Hartnäckigkeit der Unternehmer, so daß am 15. April die Maurer von Hornhausen die Arbeit einstellen. Nun verlangte der Arbeiterverband von Ochtersleben durch ihre Organisation die Hornhäuser Kollegen zuziehen. Die Arbeit wieder aufzunehmen, sonst würden die Unternehmer alle Maurer von Ochtersleben, die im Zentralverband organisiert sind, auspersen. Dieses Verlangen konnten und wollten die Maurer nicht erfüllen, und so erfolgte denn am 23. April wirklich die Aussperrung. Leider fand sich eine Anzahl Strömiger, die durch christliche Führer sich hatten beirren lassen und dem Verband den Rücken kehrten. Unter Führung des früheren Zahlstellenassessors hatten sich mit der Zeit 24 Mann gesammelt, die nun als gehorame Diener der Unternehmer fungierten. Mit diesen Reuten konnten die Bauwerksbetreibenden auf die Dauer aber doch nicht auskommen, und nach höchstem Streik boten die Unternehmer die Hand zum Frieden. Jetzt wurde der verlangte Lohn von 42 und 40 3 pro Stunde bewilligt und ein Arbeitsvertrag bis zum 31. März 1910 abgeschlossen, der den Frieden bis dahin sichern dürfte, wenn die Herren Unternehmer Wort halten. Die organisierten Maurer aber müssen sich eine Lehre aus dem Kampfe entnehmen. Die christliche Agitation hätte nicht einen solchen Einfluß gewinnen können, wenn die Maurer sich nicht so abgesondert von den übrigen Arbeiterchaft gehalten hätten; sie glaubten, stark genug zu sein, um sich das leisten zu können. Nur wenn die Arbeiterchaft eines kleinen Ortes insgesamt Hand in Hand arbeitet, können derartige Schläge pariert werden. Nicht eine zünftlerische Kaste für sich, sondern ein Teil der Gemeinschaft müssen sie sein, dann wird auch ihr Vorteil am besten gewahrt werden.

Singen. In den letzten Zeit hier abgehaltenen Versammlungen wurden die Extrabeträge besprochen. In allen Versammlungen, in Konstanz, Radolfzell, Singen, Leutlingen, Kallendorf, Schwemingen und Willingen, referierte Kollege Giese aus Singen über: „Die Kämpfe im Baugewerbe“. Die Ausführungen wurden in allen Versammlungen beifällig aufgenommen. Folgende Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen: „Die Baugewerkschaft erklärt ihre volle Zustimmung zu dem vom Verbandsvorstand und den übrigen gültigen Verbandsinstanzen ausgesprochenen Extrabetrag. Die Extrabeträge flinklich zu zahlen, um dadurch den am der Verrückung der Arbeitszeit kämpfenden Kollegen ihre Sympathie auszudrücken, und andererseits den Unternehmern zu zeigen, daß die Bauarbeiterchaft Deutschlands ernstlich gewillt ist, auch in Zukunft ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich zu verbessern.“ Die Kollegen mögen die etwaigen wankelmütigen Kollegen an ihre Pflicht erinnern. Die Unternehmern in Willingen können sich, scheint es, nicht recht mit dem abgeschlossenen Arbeitsvertrag abfinden. Kleinliche Schikanen sind an der Tagesordnung, indem man den verheirateten Kollegen, die

Copenid. Bei dem Neubau der städtischen Mädchenmittelschule für die Haupttreppengebäude Wittenberg, den 14. August, ein vier Etagen hohes Gerüst aufgestellt; fünf Arbeiter wurden dabei in die Tiefe geschleudert. Einer erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einer Stunde starb.

Kalberge. Am 14. August verunglückte der Kollege Karl Eichig in Gessenwinkel 6. Ertner auf dem Neubau des Unternehmers Laternen aus Zehendorf. Eichig war auf einer Kippung beim Auswechselladen beschäftigt und stand auf einem Brett, das unter den Kalksteinen gesteckt war. Aus unaufgeklärten Gründen ist der pp. Eichig rückwärts 1,80 m hinuntergefallen. Er wurde mittels Wagen nach Ertner geschafft, wo ihm vom Herrn Dr. Müller die erste Hilfe zu teil wurde. Mit Verletzungen wurden festgestellt: eine Wunde am Hinterkopf, die genäht und verbunden wurde, und schwere Rückenverletzung. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung in Kalberge gebracht.

Langen. Ein furchtbarer Unglücksfall ereignete sich Samstag, den 17. August, auf der Mörfelder Landstraße zu Frankfurt a. M. Dort werden von der Firma Holzmann & Co. Manufakturarbeiten ausgeführt, wobei einige Kollegen von hier beschäftigt sind. Kurz nach 12 Uhr ging der Kollege Georg Heit aus Langen auf den Abort, um seine Notdurft zu verrichten. Da der Kollege nach ziemlich langer Zeit noch nicht zurückgekehrt war, sahen die übrigen Kollegen nach. Es bot sich ihnen nun ein furchtbarer Anblick. Der Kollege Heit war kopfüber in den Abort gestürzt, nur noch die Füße waren sichtbar. Als nun der Verunglückte aus dieser furchtbaren Lage befreit war, stellte man sofort Wiederbelebungsbemühungen an; es konnte jedoch nur noch der Tod festgelegt werden. Der Verunglückte ist 33 Jahre alt und hinterläßt eine Frau und vier unminorende Kinder. Ob der Abort den Polizeibehörden gemäß hergerichtet war, konnten wir bis jetzt nicht genau feststellen. Unseres Erachtens hätte, wenn dies der Fall wäre, ein derartiges Unglück nicht passieren können.

Lörsen. Montag, den 12. August, Nachm. 5 Uhr, verunglückte der Kollege Reichenbach aus Eberbach am dem nun schon ziemlich bekannt gewordenen katolischen Schul- und Wohngebäude, das von der Firma Hofmeister & Neumann aufgeführt wird, darauf, daß jeden Augenblick sein Leben zu erwarten steht. Reichenbach war nicht mehreren Steinen beschäftigt. Die Wunde zum Aufsteigen des Steines fand 6 bis 7 m von der Wand entfernt, von der Mauer aus ungefähr 4 m. Obgleich jeder Rute entstehen mußte, daß sich beim Einsteigen der Wunde das Gerüst nach außen biegen mußte, hatte der Herr Polier, es doch nicht für nötig gehalten, das Gerüst abzusichern. Als nun die Wunde angesprochen wurde, bog sich das sehr schwache, etwa 8 bis 9 m hohe Gerüst demnach nach außen, daß Reichenbach abfiel. Schwerer verletzt wurde er nach dem Krankenhaus getragen; hoffentlich wird er seine Gesundheit wieder erlangen. Am selben Tag und am selben Tage ist ein Arbeiter mit einer 4 m langen, 1,50 cm breiten Kleinfingerringe in den Keller gestürzt. Um ungefähr über die Decke hinweggefallen zu können, legte der Arbeiter erst ein Brett auf die Decke, aber trotzdem stürzte sie ein. Die Denardant wird in Alford aufgeführt. Die Akkordanten liefern solche Arbeit, für die sich ein ordentlicher Maurer schämen würde.

Wermsdorf. Der Maurer August Dooff war am 16. August mit dem Kalken eines Lichtschades des Treppenhauses in der Kaiserstraße beschäftigt. Er bediente sich hierzu eines Flaschenzuges. Als nun der Maurer Dooff von einem anderen herangezogen wurde, um die Arbeit auszuführen, riß das Seil des Flaschenzuges und es stürzte aus einer Höhe von 10 m ab. Wie verlautet, hat der Bedauernswerte das Mädelat gebrochen, aus beiden Beinen soll das Gefäß verschunden sein. Ob er mit dem Leben davon kommen wird, ist noch nicht festzustellen. Jedenfalls ist es aber eine Mahnung für die anderen Kollegen, bei solchen Arbeiten die größte Vorsicht zu walten zu lassen. Wir wollen noch hinzufügen: wie groß sich hier das Fehlen eines Krankenheuses bemerkbar macht, zeigte sich wieder bei diesem Unfall; der Verunglückte mußte etwa zwei bis drei Stunden weit unter den größten Schmerzen auf einer fahrbaren Tragebahre in die nächste Heilanstalt transportiert werden. Es soll Gold genug vorhanden sein für ein Krankenhaus, aber der Stadtrat will nicht. Es ist hier sehr am Platze, bei den nächsten Stadtratssitzungen eine Anordnung einzutreten zu lassen. Wie wir erfahren, sollen sich sämtliche Handwerksmeister vereinigen haben, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen; ihnen scheint auch über die jetzige Verwaltung ein Lichtlein aufgegangen zu sein. Nun ja, wenn in der zweiten Abteilung eine Anordnung geschaffen werden soll, wird die dritte nicht zurückstehen; dem Proletariat ist ja die Macht jetzt eingeräumt, ein Wortlein mitreden zu dürfen, und deshalb wollen wir tatkräftig eingreifen und mitwirken, zum Wohle der Arbeiter.

Bauhilfster vor Gericht. Der Bautechniker W. Mäe aus Weidau hatte als „Maurermeister“ im August v. J. an einem Neubau, den er in Weidau a. b. ausführte, einen eiserne Träger auf einen frisch gemauerten und viel zu schwachen Stützen legen lassen, obgleich das Experiment schon bei einem ersten Versuch dadurch mißglückt war, daß der Träger einbrach. Das geschah auch beim zweiten Versuch, als die Decke zwischen den Trägern gewölbt werden sollte. Dabei stürzten jedoch mehrere Arbeiter mit in die Tiefe, und der unvorsichtige Maurer Schütte aus Langen erlitt dabei solche Verletzungen, daß er 9 Wochen lang arbeitsunfähig war. Mäe war, obwohl angestellt, sich gegen die anerkannten Regeln der Baukunst vergangen zu haben. Er redete sich damit heraus, daß er noch nicht die nötige praktische Erfahrung gehabt habe, und daß sein Polier für den Unfall verantwortlich zu machen sei. Bevor Herr Mäe die Schule absolviert hat, wird er aber doch drei Jahre als Maurer gelernt haben. Und jeder Praktiker wird ihm sagen können, daß ein Bogen, wenn er nicht die nötige Wölbung hat, zumal wenn er frisch ist, bei einer Belastung nur eines Teiles einstürzen muß. In der Gerichtsverhandlung vor dem ersten Bezirksamt wurde festgestellt, daß Mäe den Bau täglich kontrolliert hat.

Maurermeister Eide als Sachverständiger erklärte, daß bei dem Bau die Regeln der Baukunst in größtenteils Weise verletzt worden seien; das hätte jeder Maurer sehen müssen. Das Gericht beurteilte den Angeklagten zu 100 Geldstrafe. Da ist er bis jetzt genug davongekommen. Es ist bemerkenswert, daß solche Stümper immer dann, wenn die Sache schief geht, die Schuld den Polieren aufhaken wollen. Wagt es aber ein erfahrener Praktiker, solchen Menschen in ihren Anordnungen zu widersprechen, dann blasen sie sich fürchtlich auf und wollen keine Lehre annehmen.

Aus anderen Berufen.

*** Der Kampf der Textilarbeiter in Landeshut** ist durch Vermittlung des Bürgermeisters durchdringt beendet worden. Die Textilindustriellen haben die Organisation der Arbeiter anerkannt, ein einseitiger Lohnstarif für die Betrieben soll auf Grund der bisher üblichen höchsten Lohnsätze ausgearbeitet werden und spätestens zum 1. November eingeführt sein. Die Bewegung endete also für die Arbeiter mit einem guten Erfolg, und die von den Unternehmern beabsichtigte Auslieferung der Textilarbeiter ganz Schlesiens ist somit nach zur Ausführung gelangt.

*** Die Kosten der Holzarbeiterausperrung in Berlin.** In der Generalversammlung der Berliner Zählstelle des Holzarbeiterverbandes gab der Kassier Bericht über die Aufwendungen, die für die letzte Aussperrung allein in Berlin gemacht werden mußten. Danach wurden bis zum 1. Juli an Unterstützung für Ausgesperrte M. 1.617.265, für Arbeitsloste M. 524.169 - ausgezahlt, zusammen also M. 2.141.435. Diese Summe ist aber sicher klein im Verhältnis zu den Kosten, die die Aussperrung den Unternehmern verursacht.

*** Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1906.** Unauflöslich und mit großen Schritten geht der Aufmarsch des österreichischen Proletariats vor sich. Zur wirtschaftlichen und politischen Hochkonjunktur gesellt sich die Sozialdemokratische Bewegung der Gewerkschaften. Wenn die Sozialdemokratie gelegentlich der letzten Reichstagswahlen über 1 Million Stimmen aufbrachte, so hat die 1/2 Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ihren hervorragenden Anteil daran, ja man darf sagen, daß jeder Fortschritt der Partei das Wachstum der Gewerkschaften zur unerschöpflichen und selbstverständlichen Voraussetzung hat, zumal in Österreich, wo politische und gewerkschaftliche Organisationen seit jeher in einem so innigen Gegenseitigkeitsverhältnis stehen.

Der Erfolg der österreichischen Gewerkschaften ist um so bemerkenswerter, als die Schafmacher und ihre Helfershelfer, die gelben Streikbrecherorganisationen, gerade in den letzten Jahren einziger denn je am Werke sind, den Vorrang der Klassenbewegung der Gewerkschaften aufzuheben, und als die durch die industrielle Konjunktur bedingten zahlreicheren Lohnkämpfe an die finanzielle Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit der Gewerkschaften immer größere Anforderungen stellten. Dabei ist infolge des raschen Wachstums der Organisationen das junge Element in den letzteren verhältnismäßig stark vertreten, so daß es wachsende Kräfte bilden wird, wenn der Anführer der Gegner in manchen Fällen zu einer Lockerung der Reihen führen würde. Aber nichts dergleichen trat ein, und die Schafmacher werden, je mehr sich die Organisationen festigen, auch für die Zukunft ihre ewigen Hoffnungen fahren lassen müssen.

Der vom Sekretariat der Gewerkschaftskommission Österreichs kürzlich erstattete Bericht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1906 mag denn auch den Schafmachern manches Unbehagen verursachen. Um so mehr hat das Proletariat aller Länder Grund, darüber Genugtuung und Freude zu empfinden, daß die österreichische Gewerkschaftsorganisation schon heute, was Mitgliederzahl, finanzielle Leistungsfähigkeit und organisatorische Geschlossenheit anbelangt, unmittelbar nach den deutschen und englischen Arbeiterorganisationen rangiert, daß sie die dritte Hälfte des Kontinents geworden und bestrebt ist, den machibollen Gewerkschaften Deutschlands und Großbritanniens immer näher zu kommen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß der vom Sekretariat der Wiener Gewerkschaftskommission veröffentlichte Bericht die 30 stichprobenartigen Vereine, die außerhalb der Zentralorganisation stehen, nicht umfaßt, und daß ja die österreichische Gewerkschaftsbewegung, die übrigens verhältnismäßig jungen Datums ist, mit besonderen Bruchlinien und anderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Nichtsdestoweniger geht die Entwicklung der Organisationen rascher vor sich, als man anfangs erwarten durfte. Es betrug bei den Berufsorganisationen die Zahl der

	Zentral- verbände	Landes- oder Kreisvereine	Ortsgruppen	Mitglieder
1892.....	10	240	474	46606
1896.....	17	264	776	98669
1899.....	30	242	1284	119534
1901.....	32	256	1873	119030
1902.....	37	241	1397	135178
1903.....	51	192	1623	154665
1904.....	45	121	2108	189121
1905.....	47	100	2064	228099
1906.....	49	89	4062	448270

insf. der 10 slavischen
Wie vorstehende Uebersicht zeigt, hat die Zentralisation der Verbände seit dem Jahre 1901 große Fortschritte gemacht. Mit der Zunahme der Reichsorganisationen war eine Abnahme der Landes- und der Lokalvereine verbunden und ist die Zahl der Ortsgruppen enorm gestiegen. Letztere weisen von 1905 auf 1906 einen Zuwachs von 37 pzt. auf, und noch größer ist die Steigerung der Mitgliederzahl (35,5 pzt.), ein Beweis, daß auch die durchschnittliche Stärke der Organisationen in Zunahme begriffen ist. Daß die Zahl der weiblichen Mitglieder, welche Ende 1906 42.190 betrug, um 18.788 oder 48,5 pzt. also härter als die der Männer, zugenommen hat, ist ein besonders erfreuliches Symptom, dessen Bedeutung jeder Gewerkschafter zu würdigen weiß.

Ueber die Verteilung der Gesamtmitgliedszahl auf die einzelnen Berufsorganisationen wollen wir nur insoweit berichten, daß wir die Mitgliederzahlen der größten und uns besonders naheliegenden Verbände anführen.

Organisation	Mitgliedszahl Ende 1905	Ende 1906	Es sind von Beruf organisiert Prozent
Metallarbeiter.....	46516	53023	94,41
Textilarbeiter.....	81457	44221	19,27
Eisenbahner.....	32721	46943	88,06
Maurer.....	28593	39562	83,68
Holzarbeiter.....	23342	22566	22,60
Bergarbeiter.....	17749	27789	20,61
Fabrifarbeiter.....			
Papier-, Gummi- und chem. Industrie, Sattlen.....	15072	30027	85,76
Buchdrucker.....	11976	12512	98,10
Brauer.....	4834	10296	28,19
Formen.....	7984	10293	?
Handhelfsarbeiter.....	6400	8199	?
Transportarbeiter.....	4220	7811	5,88
Schneider.....	5682	6478	6,78
Tabakarbeiter.....	4251	5520	13,60
Zimmerer.....	3334	5350	9,70
Schuhmacher.....	3467	5239	8,99
Vorhellenarbeiter.....	2654	5150	39,78
Waler.....	3603	4661	80,26

Die anderen Organisationen haben dann geringere Mitgliederzahlen. Die stichprobenartigen Gewerkschaften sind von 16.642 Mitgliedern im Jahre 1905 auf 34.147 gestiegen.

Auch in den österreichischen Gewerkschaften ist die Organisation noch für viele ein Neubeschlag, den sie heute aufbauen, um ihn morgen zu verlassen und überkommen zu werden. Die Mitgliederzahl betrug Ende Dezember 1905 323.099; im Laufe des Jahres 1906 traten 275.000 Mitglieder bei, so daß also im Berichtsjahre die Vereine mit 598.787 Mitgliedern zu tun hatten. Da aber Ende 1906 sich nur ein Stand von 448.270 Mitgliedern ergab, waren 150.519 ausgeschieden, somit mehr, als schließlich verblieben waren (125.171). Der Verfall der Mitgliedschaft trifft insbesondere auf die Berg- und Metallarbeiter zu.

Die geographische Verbreitung der Gewerkschaftsorganisationen folgt selbstverständlich der Verbreitung der Großindustrie. Von den Organisationen befinden sich die meisten in Wien (23,38 pzt.), Böhmen (23,10 pzt.) und Mähren (11,06 pzt.). Im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten ist die territoriale Verteilung der Gewerkschaften folgende: Wien 40 pzt., Niederösterreich 22 pzt., Böhmen 17 pzt., Galizien 11 pzt., Kärnten 21 pzt., Mähren 18 pzt., Österreich 12 pzt., Salzburg 29 pzt., Schleien 17 pzt., Steiermark 21 pzt., Tirol und Vorarlberg 10 pzt., Bukowina 6 pzt., Dalmatien 7 pzt.

Im Gesamtumfang sind von 2.226.601 Beschäftigten 20.133 pzt. gewerkschaftlich organisiert, ein Verhältnis, das sich - sofern die industrielle Hochkonjunktur noch eine Zeitlang anhält - noch wesentlich bessern wird.

Aus der Finanzabrechnung seien die Gesamteinnahmen mit 6.982.374,99 Kronen und die Ausgaben mit 5.009.810,01 Kronen hervorgehoben, woraus sich ein Ueberschuß von 1.972.564,98 Kronen ergibt. Die Beiträge zum Streikfonds bezug. Streikfonds erscheinen hierbei nicht berücksichtigt. Der Beitrag zum Dispositionsfonds betrug sich zwischen 5 Heller und 1 Krone wöchentlich. Bei größeren Lohnkämpfen werden Extrasteuern erhoben.

Die freien Organisationen verausgaben für

	1905 Kronen	1906 Kronen
gemessene Mitglieder.....	46478,81	65767,50
freiende Mitglieder.....	118371,14	1855132,60

Summa... 1164817,95 1918900,10

Uebersicht: wurden für Unterstützungsbedürfnisse verwendet:

Neumitglieder.....	129631,62 Kronen
Arbeitslosenunterstützung.....	919401,50 "
Kranken- und andere Unterstützungen.....	376275,61 "
Notfallunterstützung.....	812430,46 "

Summa... 2227739,19 Kronen

Nachdem man den Aufwand für andere Vereinsbedürfnisse von 3.872.070,82 Kronen hinzu, so ergibt sich obige Ausgabensumme von 5.009.810,01 Kronen.

Die außerhalb der Zentralorganisation stehenden stichprobenartigen Organisationen (30 Verbände mit 405 Ortsgruppen) zählen 34.147 Mitglieder, darunter 3260 weibliche. Ihre Einnahmen betragen 287.704 Kronen, denen 214.708 Kronen an Ausgaben gegenüberstehen.

Der Stand der Buchpresse ist folgender:

Es erschienen Zeitungen:	Auflage pro Monat
96 deutsche.....	286400
40 tschechische.....	129560
6 polnische.....	21850
1 italienische.....	670
1 slowenische.....	600

Erwähnen wir noch zum Schluß, daß die Gewerkschaften mit den höchsten Beiträgen auch über die stärksten Fonds verfügen, so gewinnen wir die Ueberzeugung, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung ein machsiges glänzendes Bild bietet, das die Hoffnungen, die man in die Organisationskraft der Arbeiterkraft Österreichs gesetzt hat, schon jetzt in erfreulicher Weise rechtfertigt.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Die Innungskassenpflege wird wieder einmal beleuchtet durch das Gebaren des Reichslandes der Baugewerksinnungskassentasse zu Trier. Die uns darüber zugegangenen

Schriftstücke stammen zwar nicht aus der allerletzten Zeit; das tut aber nichts zur Sache, da die schädlichen Begleitererscheinungen, die das Innungsstellenwesen einmal an sich hat, auch heute noch ebenso oft und so arg anzutreffen sind.

Der Innungsoberrichter Mendgen in Trier, der zugleich Vorsitzender der dortigen Baugewerks-Innungs-Krankenkasse war oder sogar noch ist, erließ folgendes Rundschreiben an die Innungsmitglieder:

Im Laufe dieses Frühjahrs und Sommers hat der Innungsvorstand Sie wiederholt mündlich in der Innungsverammlung und schriftlich durch Zirkulare ersucht, die in einem gedruckten Verzeichnis Ihnen bezeichneten Arbeiter künftig nicht mehr zu beschäftigen, weil solche entweder sich als Drückeberger oder als gänzlich beim teilweise arbeitsunfähige Arbeiter erwiesen haben, die in den letzten Jahren die Krankenkasse fortgesetzt schädigten.

Diesem Ansuchen wird, wie die Herren Kassenzuräte schriftlich wie mündlich dem Obermeister berichten, in letzter Zeit durchaus keine Folge geleistet, so daß die Herren Kassenzuräte insbesondere für den kommenden Herbst und Winter den gänzlichen Ruin der fraglichen Kasse befürchten.

Dieses Verhalten der Herren Innungsoberrichter bezeugt nicht bloß eine große Interessenlosigkeit hinsichtlich der fraglichen Kasse, sondern auch eine Nichtbeachtung der wohlgemeinten Ratschläge ihres Obermeisters.

Der Innungszuräte steht sich daher nochmals veranlaßt, Sie drängen wie häufig zu ersuchen, falls eine der Ihnen bezeichneten Personlichkeiten gegenwärtig noch in Ihrem Betriebe tätig sein sollte, bei der nächsten Lohnzahlung umwiderlich zu entlassen, als auch künftig keinen derselben mehr einzustellen.

Schließlich wird ergeben darauf hingewiesen, daß bei etwaigem Defizit der Krankenkasse am Jahresschlusse dieses nach § 65 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes und § 1001 der Reichsgewerbeordnung von der Innung zu decken ist.

Gochsburg, 2. August.

Josef Mendgen, Obermeister.

Ein anderes, etwas später versandtes Schriftstück dieses vorbildlichen Kassens- und Innungsvorstandes lautet folgendermaßen:

Vertraulich! Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat der Herr Regierungspräsident mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse der diesseitigen Krankenkasse verfügt, daß entweder der Kassensbeitrag um ein Drittel Prozent erhöht oder die Leistungen herabgesetzt werden müssen.

Bei Beratung des Vorstandes der Kasse und an der Anwesenheit der Herren Kassenzuräte ist festgesetzt worden, daß eine ganze Reihe von Arbeitern, die Kasse seit Jahren fortgesetzt in Anspruch nimmt, diese liegen sich zum Teil aus finanziellen in balistischen Gründen oder aus Drückbergergeiz zusammen. Nebenstehend erhalten Sie ein von der gebrühten Innungsverammlung durchgesehenes Verzeichnis von solchen Leuten, mit dem höchsten Ansehen, künftig unter keinen Umständen mehr einen der bezeichneten Arbeiter in ihren Betrieb einzustellen. Sollte einer derselben zur Zeit bei Ihnen beschäftigt sein, so wollen Sie ihn bei der nächsten Lohnzahlung entlassen, zumal ein Mangel an ordentlichen Arbeitskräften in diesem Jahre nicht vorhanden ist.

Es muß unbedingt darauf gehalten werden, daß ein einseitiges diesbezügliches Vorgehen stattfindet, weil die Kasse trotz der geringen Vorkaufkraft bereits größere Leistungen an Krankengeld usw. in diesem Jahre als in den vorhergehenden Jahren zu verzeichnen hat.

Die Kasse wird eben von gewissen Arbeitern mit Rücksicht ausgenutzt, worunter die ordentlichen Arbeiter zu leiden haben.

Der Kassenvorstand wird Ihnen demnachst besondere Mitteilung wegen der Ausweisung von Krankengeldern usw. zugehen lassen.

Gochsburg, 2. August.

Josef Mendgen, Obermeister.

Dem Schreiben sind dann 42 Namen von Arbeitern und Maurern angehängt. Hier erstarkt der „Gegen“ des Innungs-Krankenkassenwesens in seiner ganzen Glorie. Die kränklichen und invaliden Arbeiter werden, um den Geldbeutel der Unternehmer zu schonen, entlassen, damit sie ihrer wohlverdienten Mitgliedsrechte bei der Kasse verlustig gehen. Gewiß! So erscheint es dem Obermeister Mendgen, der jedenfalls ein strenger „Ordnungsparteier“ ist, recht und billig: Nach seiner Auffassung sind die Kassen nicht dazu vorhanden, den Kranken zu helfen, sie wieder gesund zu machen, sondern wohl nur zur Dekoration, wozu denn auch das herrliche Wort von der vollen Kompottschüssel gar trefflich passen würde. Herr Mendgen darf sich rühmen, dem „sozialen Empfinden“ unserer Bauunternehmer den passendsten Ausdruck gegeben zu haben, daneben hat er aber auch den Gegnern des Innungs- und Betriebskassenwesens neues Material gegeben, um dessen Ausnutzung er nicht weiter bange zu sein braucht. Einwilligen, erlassen wir die Aufsichtsbehörde, sich diese Dinge einmal etwas näher anzusehen.

Die Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die Gefängnisarbeit ist von der Sozialdemokratie befehlend schon sehr oft gefordert worden. Jetzt soll nun, wie einige Blätter berichten, diese Ausdehnung nach einer auf Wunsch des preussischen Justizministers vom Generalinspektor getroffenen Anordnung die Ausdehnung auf die Justizgefängnisse erfolgen. Er hat verfügt, daß die Gewerbe-Inspektoren den gesamten Arbeitsbetrieb der großen Justizgefängnisse, insbesondere solche Betriebe, bei denen Maschinen verwendet werden, als gefährlich bezeichnen und das Ergebnis dem Oberstaatsanwalt mitteilen sollen, da eine solche periodische Revision der Gefängnisse mit größeren gewerblichen Betrieben namentlich auch im Interesse der rechtzeitigen Einführung anderwärts erprobter Sicherheitsvorrichtungen dringend geboten sei. Welche Gefängnisse für diese Befestigungen in Betracht kommen, wird im Dezember jedes Jahres von den Oberstaatsanwälten den zuständigen Gewerbe-Inspektoren mitgeteilt werden.

Wir meinen, daß eine einmalige Befestigung im Jahre unzureichend ist. Notwendig wäre es auch, die Aufsicht gründlich zu erstrecken auf die Bauarbeiten, die in den Gefängnissen und außerhalb derselben in nicht unerheblichem Maße ausgeführt werden.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 48 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die preußische Wahlrechtsfrage. — Der Internationale Kongress in Stuttgart. — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei. — Von L. B. Woudin-Newyork. (Schluß.) Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Elly Braun, Verlag, Berlin NW 6, Charlottenstr. 3, Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Preis für das Einzelheft 10 A. Probehefte kostenlos). Heft 8 des 6. Bandes. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Karl Leuthner: Das Kolonialproblem. — Wilhelm Koss: Zur Budgetbemittlung. — August Wilmig: Der Kampf der Berliner Bauarbeiter. — Josef A. Aug: Ausnahmefälle im Arbeiterheim. — Glosien.

Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin? Von M. Boppe. Eine vollständige Schrift, in der die Verfasserin die Notwendigkeit der Bildung und der geistigen Erhebung der Arbeiterinnen, wenn sie ihren Beruf als Gattin, Mutter und Staatsbürgerin erfüllen wollen, darlegt. Die Broschüre kostet 10 A und ist vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts zu beziehen.

Die sozialistische Arbeiter-Internationale. Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas an den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart. Herausgegeben vom Internationalen Sozialistischen Bureau mit einem Vorwort von Vandervelde. Deutsche Ausgabe. Preis M. 2. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Süddeutscher Postillon, Nr. 17. Auch diese Nummer dieses ganz willkürlich ist vorzüglich geraten. Neben den gelungenen Illustrationen heben wir aus dem Texte hervor: International, Zeitgedicht von Ernst Haas. — Internationale Gedanken. — Bärenbesuch (Gedicht). — Kameruner Schmittchen (Gedicht). Die Aufsätze sind voll Leben, die Gedichte voll Mythos und Feuer, voll Satire und Spott. — Der Süddeutsche Postillon, der im Münchner Verlage M. Ernst erscheint, kostet pro Nummer 10 A.

„Der Wahre Jacob“. Die oben erwähnte Nummer ist dem Internationalen Sozialistenkongress gewidmet. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Ein Bild der Zukunft“ und „Unter Piraten“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Brieg, J. S. Den Einsender der Versammlungsanzeige können wir leider nicht mehr feststellen. Lediglich wird uns dieser ärgliche Vorfall dazu veranlassen, in Zukunft mit größter Strenge darauf zu achten, daß die Anzeigen nicht nur eine Namensunterchrift sondern auch den Stempel tragen.

Vanden, Frau Stark. Wir nehmen wohl Sterbeanzeigen aber keine Darlegungen auf. Danken Sie den Kollegen persönlich, das gilt auch und Sie sparen dabei Ihr Geld.

Sagan, S. W. Die Aufnahme des Gerichtsberichts müssen wir ablehnen, da die Sache für unser Blatt zu bedeutungslos ist. Die Tatsache, daß sich zwei Maurer unter den Angeklagten befinden, reicht allein nicht aus, um dem Bericht Aufnahme zu gewähren.

Brieg, S. M. 1. Wenn von dort keine Versammlungsanzeige für den 11. August aufgegeben wurde, so ist die Anzeige auf einen Irrtum zurückzuführen. Auf einer Anweisung, Schlägenbrüderkraft, war eine Versammlungsanzeige geschrieben worden, ohne den Ortsnamen anzugeben; wir haben dann aus dem unverständlichen Posthempel Brief herausgeholt. 2. Es wird darauf aufmerksam, ob das Leidenbegnadnis ein gewöhnliches ist, ist dies der Fall, dann bedarf es weder der polizeilichen Genehmigung noch der Anmeldung; ist das Leidenbegnadnis aber ein außergewöhnliches, so bedarf der Antrag der polizeilichen Genehmigung, und sämtliche Straßen, die der Zug passieren soll, müssen angegeben werden.

Rabold, R. M. Die Beschwerde haben wir dem Verbandsvorstand zur Erlebigung überwiesen. Antwort wird wohl demnächst erfolgen.

Regensburg, Vorstand. Hätten Sie uns doch nun wenigstens gleich den Todestag des Kollegen mitgeteilt, dann hätte die Anzeige doch diesmal erscheinen können.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Einzelmittgliedschaft Strassburg i. Els.

sucht zum 1. Oktober d. J. einen

Lokalbeamten.

Es ist eine erste Kraft erforderlich. Vorbedingung ist die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung sowie der Buch- und Kassenführung. Die Bewerber müssen außerdem redigieren begabt sein. Den Offerten ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Vorschlag über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ bis spätestens den 5. September d. J. an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

K. Voigt,

[M. 4,80]

Strassburg i. El., Schlossergasse 21.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik bescheidenden wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 16 A.)

Breslau, Am 7. August starb unser Verbandskollege Karl Arndt im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.

Birchau, Am 12. August starb der Kollege Johann Klehner an Magenkrebs.

Geesthacht, Am 16. August starb unter treuer Verbandskollege C. Elvers im Alter von 63 Jahren infolge eines Unfalls in seinem Beruf.

Göttingen, Am 16. August starb unser Verbandskollege Hermann Kunze im Alter von 58 Jahren an Herzschlag.

Karlruhe, Mörch, Am 9. August starb unser Verbandskollege Alois Knäbel im Alter von 80 Jahren an Brechdurchfall.

Königs-Wusterhausen, Am 13. August starb nach schwerem Krankelager unser Verbandskollege Hermann Matig im Alter von 86 Jahren an Lungen- und Kehlkopfentzündung.

Neuruppin, Am 12. August starb nach langem, schwerem Krankelager unser Verbandsmitglied Gustav Salomo aus Neuruppin im Alter von 26 Jahren an Rheumatismus.

Rehm, Am 6. August starb unser Kollege Josef Schatzki aus Rastau an Lungenentzündung.

Blauen i. Vogli, Am 10. August starb plötzlich unser Kollege Albin Weidhans im Alter von 22 Jahren an Gehirnarterienanomalie.

Stela, Am 11. August starb der Kollege Karl Robert Reibig aus Langenberg im Alter von 58 Jahren an Krebs und Leberbrüchen.

Swinemünde, Am 14. August erkrankte beim Fischen unser Kollege Otto Schütte aus Gaminde im 48. Lebensjahre.

Weissenau b. Mainz, Am 17. August starb unser Verbandskollege David Schlemmer im Alter von 87 Jahren an Brechdurchfall.

Wiesbaden, Almbach, Am 13. August starb der Kollege Karl Bombadler im Alter von 55 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Gleiwitz.

Unter erster Vorsitzender ist seit Th. Fitzen, Alpotstr. 28, 2. St. und der erste Kassierer P. Fuchs, Kanast. 24, 2. St. [M. 1,80] Der Vorstand.

Lucka.

Die Adresse des Vorsitzenden ist von jetzt an: Richard Weber in Rehmisch b. Lucka, J. A. [M. 1,20] Der Vorstand.

Glogau.

Sonnabend, den 31. August, Abends 8 Uhr: Achtes Stiftungsfest im „Grünen Baum“, bestehend in Vorträgen, Verlosung und Ball. Die Kollegen von Glogau und Umgegend sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3] Das Komitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 25. August.

Pasewalk, Nachm. 4 Uhr bei West, Am Markt 18. Sehr wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen! — Nachm. 8 Uhr Verbandsbesitzung.

Schkeuditz, Nachm. 3 Uhr im Stadtmüllers Restaurant. Das Referat des Kollegen Koch aus Leipzig fällt aus.

Zehdenick, Nachm. 3 Uhr bei Woyke. Sehr wichtige Tagesordnung.

Dienstag, den 27. August.

Gunnendorf i. Riesengeb., in der „Andersschente“. Wichtige Tagesordnung.

Liegnitz, Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 28. August.

Sorau, Abends 6 Uhr in der „Hofa“. Bücher sind mitzubringen!

Sonntag, den 1. September.

Hintersee, Mittags 12 Uhr bei Weder, Liechtenburg. T. O.: Abrechnung vom letzten Quartal.

Kronach, Nachm. 3 Uhr im „Bayerischen Hof“. Mitgliedsbücher mitbringen!

Pödelstorf, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung!

Ribnitz, Nachm. 4 Uhr bei Potenberg. Bücher mitbringen!

Sonntag, den 8. September.

Hohensalza, Nachm. 3 Uhr im Hofe des Herrn Wengel. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Öffentliche Maurerverammlung.

Sonntag, den 25. August.

Glesien, Nachm. 4 Uhr im „Rafino“ in Glesien. Mitgliedsbücher mitbringen!

Dienstag, den 27. August.

Lunden, Besondere Komit.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.